

HERBERT GAEDE

# Schwede-Coburg

EIN LEBENSBIOD  
DES GAULEITERS UND  
OBERPRÄSIDENTEN  
VON POMMERN

Preis 80 Pfg. Bei Abnahme von 50 Stück an 75 Pfg., von 100 Stück  
an 70 Pfg., von 500 Stück an 65 Pfg., von 1000 Stück an 60 Pfg., von  
3000 Stück an 55 Pfg., von 5000 Stück an 50 Pfg.

Wojewódzkie Archiwum Państwowe  
w Koszalinie  
Oddział w Słupsku  
ul. Partyzantów 31a - tel. 23-27



Soto Josef Herber



Schriften der Hochschule für Politik  
Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein

III. Die Führerpersönlichkeiten des Nationalsozialismus

Heft 2

POWIATOWE  
ARCHIWUM PAŃSTWOWE  
w BŁUPSKU

Herbert Gaede  
Schwede-Coburg

Alle Rechte vorbehalten  
Copyright 1939 by Junfer und Dünnhaupt Verlag, Berlin  
Printed in Germany



299



Clemens Landgraf Nachf. W. Stolle, Dresden-Freital

## I. Der Soldat

„Ich bin Soldat . . .“, ist das stolze Lebensbekenntnis Franz Schwede-Coburgs in seinen politischen Erinnerungen. Wer kann das mit größerem Stolz und Recht aber von sich behaupten als ein Mann, dessen ganzes Leben immer nur eines zum Inhalt hatte und hat: den selbstlosen und restlosen Einsatz eines fanatischen Kämpfers für sein Volk und seinen Führer?! Denn ob Franz Schwede-Coburg an der Front vor dem äußeren Feind steht oder in vorderster Front gegen den inneren Feind — ob er im Kampf um die Erhaltung des Reiches seinen Mann steht oder in den schwersten Kampffahren um die Erneuerung der Nation wiederum kämpferisches Vorbild wird: immer sind die Kerngesetze des soldatischen Lebens die entscheidenden Faktoren seines Handelns!

Als sechster und jüngster Sohn einer alten Soldaten- und Beamtenfamilie wurde Franz Schwede im Kreise Memel am 5. März 1888 geboren. Seine Vorfahren väterlicherseits bis zum Dreißigjährigen Kriege sind alle — wie auch sein Vater selbst — Förster und in den meisten Fällen auch Soldaten gewesen. Als letzter der vier am Leben gebliebenen Söhne seines Vaters kam der junge Franz Schwede im Jahre 1894 in die Volksschule. Wenn vom Vater jemals die Frage des späteren Berufes der Jungen aufgeworfen wurde, dann hieß es nur immer: die Jungen werden Soldaten. Und als dann nacheinander Franz Schwedes drei Brüder freiwillig zum Militär gingen, tauchte ernstlicher als bisher die Frage auf, ob der hochaufgeschossene, schlanke und schmale Franz auch körperlich zum Soldaten tauge. Diese Bedenken bestimmten seinen Vater, ihn — gegen seinen Willen — als Vorbereitung für die Soldatenlaufbahn in ein Rechtsanwaltsbüro zu stecken. Mit innerem Widerstreben versah der junge Mensch den seiner Meinung nach langweiligen Bürodienst und war Kerl genug, seinem

Vater nach einiger Zeit zu erklären, daß er diese Lehrstelle aufgeben wolle. Er hatte sich entschlossen, ein technisches Handwerk zu lernen und wurde Lehrling in der Schiff- und Maschinenbauanstalt von Schneider und Co. in Memel.

Seine Arbeiten als Schlosserlehrling führten ihn oft auf größere Überseeschiffe, die im Memeler Hafen ausgebessert und überholt wurden. Er unterhielt sich dann mit den Seeleuten und bekam nach und nach ein immer größeres Interesse für die Seefahrt. Nach Beendigung seiner Lehrzeit trat er am 1. Februar 1907 als freiwilliger Maschinistenanwärter bei der 2. Werftdivision in Wilhelmshaven ein. Schon im Juni bekam er sein erstes Bordkommando auf SMS. Wettin. Die Liebe zum Soldatenberuf ließ ihn die gewiß nicht einfache Rekrutenzeit an Bord leicht überstehen. Nach einhalbjähriger Unterbrechung des Borddienstes durch den Besuch der Divisionschule in Wilhelmshaven erhielt er sein zweites Bordkommando auf SMS. Kaiser Wilhelm II., um dann ein halbes Jahr später mit der übrigen Besatzung auf das neu in Dienst gestellte Linienschiff „Schlesien“ überzuwechseln.

Nach 14monatiger Dienstzeit wurde Franz Schwede zum Unteroffizier (Maschinistenmaat) befördert und erhielt im Frühjahr 1911 ein Auslandskommando. Für zwei Jahre wurde der in Ostasien stationierte Kreuzer „Emden“ seine militärische Heimat. Auf der Emden wurde er zum Obermaschinistenmaat (Sergeant) befördert. Nach der Rückkehr in die Heimat im Sommer 1913 erhielt er ein Kommando auf dem zur Indienstellung bereit liegenden neuen Panzerschiff „Prinzregent Luitpold“. Auf diesem stolzen, neuen Schiff, das dem dritten Hochseegeschwader angehörte, erlebte er den Kriegsbeginn, der ihn zwang, sich am 25. August 1914 in Wilhelmshaven kriegstrauen zu lassen.

## II. Stagerak und Scapa Flow

Die Hoffnungen der Besatzungen der Hochseegeschwader, schnell mit dem Feind in Berührung zu kommen, erfüllten sich zunächst nicht. Die Tage verliefen nach den ersten Wochen innerer Spannung für einen so tatendurstigen Soldaten, wie



Franz Schwede es war, im Gegenteil recht eintönig. Bis auf verschiedene kleine Vorstöße in die Nordsee, wie z. B. die Beschießung von Rarmouth, ereignete sich nichts. Erst als Admiral Scheer Flottenchef wurde, gingen die soldatischen Wünsche der Geschwaderbesatzungen in Erfüllung.

Es kam die Skagerak-Schlacht, die der deutschen Flotte in einem heißen Ringen mit dem überlegenen Gegner den Sieg brachte. Während des Ostsee-Unternehmens, das einen starken Einsatz der Flotte brachte, wurde Franz Schwede vom Prinzregent Luitpold im Oktober 1917 zum Besuch der Deckoffiziersschule nach Kiel kommandiert und kam nach Ablegung der Maschinistenprüfung im Frühjahr 1918 auf den neu in Dienst gestellten Frontkreuzer „Dresden“. Doch der Wunsch Schwedes, noch öfter an den Feind zu kommen, ging nicht mehr in Erfüllung. In den ersten Novembertagen des Jahres 1918 kam der Befehl an die Flotte, auszulaufen und den geordneten Rückzug der flandrischen Front gegen einen Angriff von See zu decken. Kaum waren die Kreuzer zur Erkundung vorgestoßen, als auch schon der Befehl zum Rückzug für die Schiffe kam.

Die „Dresden“ ging durch den Kanal nach Kiel, und dort erlebte der Soldat Franz Schwede das für ihn Unfassbare — die Revolution. „Jene Tage in Kiel mit ihren niederdrückenden Erlebnissen“, so bekennt er in seinen politischen Aufzeichnungen, „bergen Erinnerungen, die noch heute jedem anständigen Soldaten die Schamröte ins Gesicht treiben!“ Die „Dresden“, deren Besatzung noch in Ordnung war, ging nach Swinemünde. Dort erreichte sie die Meldung, daß Kaiser Wilhelm II. abgedankt, sich nach Holland begeben und alle Soldaten ihres Treueides entbunden habe. Die Besatzung wurde beurlaubt, und Franz Schwede irrte damals, von den furchtbaren Ereignissen seelisch gepeinigt, in rastloser Unruhe von Ort zu Ort. Zehn Tage später erreichte ihn in seiner alten Garnison Wilhelmshaven der Befehl, nach Stettin zu fahren, um die dort hingeschleppte „Dresden“, die für die Internierung bestimmt war, wieder in Dienst stellen zu helfen.

Von der Besatzung wollte sich zur Überführung der deutschen Kriegsschiffe in die Internierung niemand freiwillig melden. Auch von den technischen Deckoffizieren der „Dresden“ meldete

sich keiner freiwillig. Da wurden die beiden Jüngsten kommandiert. Der eine der beiden war Schwede.

Das deutsche Internierungsgeschwader wurde dann bekanntlich von der englischen Flotte in den Firth of Forth geleitet, um von dort aus nach Scapa Flow, dem englischen Hauptflottenstützpunkt während des Krieges, überführt zu werden. Die Internierungszeit, die über sieben Monate dauerte, war für Schwede wie für jeden anständigen deutschen Seemann eine niederdrückende und beschämende Angelegenheit.

Franz Schwede gehörte zu jenem kleinen Kreis Vertrauter von den einzelnen Schiffen, mit denen der Befehlshaber des Internierungsverbandes, Admiral Reuter, die denkwürdige Versenkung der deutschen Flotte vorbereiten ließ.

Nach siebenmonatiger Kriegsgefangenschaft ließen die Zellen von Scapa Flow dann am 1. Februar 1920 mit zwei alten, kaum noch seetüchtigen Transportschiffen in die Wilhelmshavener Schleuse ein und betraten nach fast zweijähriger Abwesenheit wieder deutschen Heimatboden. Mit zweifelhaften Empfindungen trat Franz Schwede in die neue Reichsmarine ein, glaubte er doch, als Soldat auch dort weiter am besten wirken zu können.

Auf Grund des Spaar Abkommens und der darin vereinbarten Verminderung der Reichswehr auf 100 000 Mann wurde er jedoch am 31. März aus dem aktiven Marinedienst entlassen. Am Nachmittag des 31. März verließ er die Kaserne der Schiffsstammdivision in Wilhelmshaven nach fast 15jähriger aktiver Dienstzeit. Eine ungewisse Zukunft lag vor ihm. Im Herzen aber blieb er weiter Soldat . . .

### III. Der Weg nach Coburg

Durch Vermittlung der Fürsorgeabteilung der Marinestation der Nordsee konnte Franz Schwede bereits am nächsten Morgen, dem 1. April 1921, eine Stelle als technischer Betriebsleiter eines im Bau befindlichen Sägewerkes in Sankt Andreasberg im Harz antreten. Mit dem Chef des Unternehmens, das sich im Familienbesitz befand, verband ihn bald eine echte Frontsoldaten-Kameradschaft. Dort in Sankt Andreasberg begann allmählich die politische Tätigkeit Schwedes. Er hatte bereits

Kurz nach der Rückkehr aus der Kriegsgefangenschaft für die Wahlen zum ersten deutschen Reichstag zu seiner politischen Orientierung in Wilhelmshaven alle Versammlungen von der SPD. bis zum Deutsch-Völkischen Schutz- und Trugbund besucht. Für ihn als alten Soldaten war es nur schwer möglich, sich in dem Durcheinander der Parteien zurechtzufinden. Während seiner Soldatenzeit und insbesondere natürlich während der Auslandszeit, während des Krieges und der Kriegsgefangenschaft hatte er sich eine eigene Weltanschauung gebildet, deren Grundsätze er jedoch in keiner der Parteien finden konnte. Nun versuchte er, sich durch den Besuch politischer Versammlungen in Sankt Andreasberg und durch persönliche Gespräche mit seinem Chef über die „politische Lage“ und über seine eigene Einstellung zu dem ganzen verworrenen politischen Geschehen klarzuwerden.

Eins hatte er bis jetzt ganz deutlich erkannt: das war der verderbliche Einfluß, den das Judentum überall im Volk — im Staat, in der Wirtschaft, in der Kunst und in der Kultur — ausübte. Er, der den Juden schon als Schuljunge in seiner memelländischen Heimat an der russischen Grenze kennen und misßachten gelernt hatte, wurde nun durch einen weiteren Vorfall in seiner antisemitischen Haltung bestimmt und gefestigt. Infolge der schlechten, wirtschaftlichen Verhältnisse wurde sein Chef nämlich gezwungen, seinen Betrieb in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Und Hauptaktionäre wurden — wie konnte es damals schon anders sein! — ein paar Berliner Finanzjuden. Wenige Tage nach der Gründung dieser Aktiengesellschaft rückten dann auch schon so ein paar Judenjungen im Betrieb in Sankt Andreasberg als „Kontrolleure“ an, und es dauerte keine Woche, da war der Krach zwischen den Juden und dem Frontsoldaten Schwede da! Die Tätigkeit unter der jüdischen Leitung war ihm unerträglich, und er entschloß sich zu gehen. Durch einen Zufall konnte er bereits wenige Tage später die gerade frei gewordene Stelle des Betriebsinspektors in den Städtischen Elektrizitätswerken in Coburg antreten.

So kam er in die Stadt, die sein weiteres Leben so entscheidend beeinflusste. „So wurde Coburg sein Schicksal, wie sein Kampf auch Coburgs Schicksal war.“



#### IV. Der politische Soldat

Franz Schwede fand in Coburg ein sehr lebhaftes, politisches Leben vor. Dort in Coburg organisierten damals sehr stark der aus der bayerischen Einwohnerwehr hervorgegangene Bund „Bayern und Reich“, der aus der Brigade Ehrhardt hervorgegangene Wikingbund, der Jungdeutsche Orden und der Deutsch-Völkische Schutz- und Trutzbund. Das Treiben dieser Organisationen, denen insgesamt eine klare Linie und eine fest umrissene politische Haltung fehlten, sah sich Schwede zunächst von außen an, ohne einer von ihnen beizutreten, trotzdem er sehr oft an ihren Veranstaltungen und gelegentlich auch an ihren Aufmärschen teilnahm.

Am 14. und 15. Oktober 1922 hatte er dann das überwältigende Erlebnis des historischen Einmarsches des Führers in Coburg. Franz Schwede sah und hörte zum erstenmal den Führer und war ihm von diesem Tage an mit Leib und Leben verfallen. In der Bewegung des Nationalsozialismus erkannte er in jener Stunde die Weltanschauung, die der seinen, auf soldatischer Grundlage beruhenden, bis zum Letzten entsprach. Er wurde revolutionärer Nationalsozialist. Als Mitbegründer der Ortsgruppe Coburg der NSDAP., die wenige Wochen nach dem Einmarsch des Führers in Coburg mit 86 Mann gegründet wurde, wurde er zunächst stellvertretender Ortsgruppenführer. Und kurz nach Weihnachten 1923, als der erste Ortsgruppenführer von Coburg versetzt wurde, übernahm er die Führung der Ortsgruppe, die inzwischen schon auf fast 200 Mitglieder angewachsen war.

Der große Kampf um Coburg begann.

Franz Schwede hat diesen Kampf immer mit soldatischer Grundhaltung geführt. Ausdauer und Beharrlichkeit, Strategie und Taktik waren die Faktoren, die ihn diesen Kampf dann auch gewinnen ließen. Seine soldatischen Erfahrungen kamen ihm in diesen Jahren außerordentlich zugute, jede Gelegenheit zum Angriff wurde benutzt, jede Schwäche des Gegners wurde mit Überlegung ausgenutzt und jeder Erfolg zu einem neuen Erfolg ausgebaut.



Im Herbst 1923, nach dem großen deutschen Tag in Nürnberg, stand die Ortsgruppe Coburg der NSDAP. mit etwa 800 Mitgliedern, davon rund 600 SA-Männer, als beherrschender Faktor da. Da schien der Verrat am 9. November in München alles zu zerschlagen: der Führer auf Festung, die Bewegung verboten und verfolgt, Tausende von Parteigenossen in Bayern und im Reich in Haft . . .!

Franz Schwede selbst wurde in der Nacht zum 9. November mit zwei Parteigenossen aus der Wohnung heraus verhaftet und bis zum Mittag des 9. November in der Kaserne der Landespolizei mit Verhören traktiert . . .

In jener Zeit, da sogar manche der treuesten Anhänger des Führers alles aufgaben und den Mut verloren, bewährte sich wieder die soldatische Erziehung Franz Schwedes und sein unerschütterlicher Glaube an die Sendung des Führers. Er verlor den Mut nicht, im Gegenteil, er hatte die Kraft, auch anderen wieder Mut zu geben!

Da die Partei verboten war, fanden sich unter seiner Leitung die Parteigenossen in kleineren Gruppen in ihren Privatwohnungen zusammen. Kurz nach Weihnachten 1923 wurde in Bamberg der Völkische Block für Bayern als Wahlorganisation für die kommenden Wahlen gebildet. In dieser neugebildeten Organisation fanden sich in Coburg auch etwa die Hälfte der früheren Mitglieder der NSDAP. wieder zusammen. Die Wahlschlacht in Bayern wurde 1924 durch den Völkischen Block im Wahlkreis Coburg mit einem absoluten Sieg geschlagen. Wenige Wochen später, auf dem Reichsparteitag in Weimar im Mai 1924, wurde durch Ludendorff die Nationalsozialistische Freiheitspartei gebildet.

So hatte Franz Schwede in einer der schwersten Krisenzeiten der jungen Bewegung die Idee des Führers wachgehalten und gefestigt. Er war in jener Zeit Ortsgruppenleiter, Schriftleiter der Nationalsozialistischen Wochenzeitung, er war, wenn es sein mußte, Zeitungsverkäufer und Flugblattverteiler, er war Versammlungs- und Propagandaredner — alles in einer Person. Ein neuer Abschnitt seines politischen Kampfes begann, als er im Januar 1925 mit zwei weiteren Parteigenossen in den Stadtrat der Stadt Coburg einzog.

## V. Eroberung einer Stadt

Drei nationalsozialistische Stadträte, die „Drei-Männer-Fraktion“, wie sie bald in Coburg hießen, standen von nun an in einem harten, erbitterten Kampf gegen die marxistisch-demokratische Stadtratsmehrheit. Unermüdlich hämmerte Schwede als Sprecher seiner Fraktion auf den gegnerischen Stadtrat ein und kämpfte verbissen gegen die finanzielle Mißwirtschaft, die damals — wie überall im Reich — so auch in Coburg von der Stadtverwaltung getrieben wurde. Da die parlamentarische Mehrheit selbstverständlich immer gegen die Drei-Männer-Fraktion entschied, wurden die Anträge stets abgelehnt und verschwanden über den „geschäftsordnungsmäßigen Weg“ auf Nimmerwiedersehen in der Versenkung.

Die breite Öffentlichkeit, die gespannt auf die Arbeit der nationalsozialistischen Stadträte war, erfuhr natürlich durch die gegnerische Presse nichts über diesen kommunalpolitischen Kampf in den Stadtratsitzungen. Franz Schwede aber fand den Weg, um diesen Kampf auch in die Öffentlichkeit zu tragen. In großen politischen Versammlungen, die stets überfüllt waren, schilderten er und die beiden anderen nationalsozialistischen Stadträte ihren Kampf gegen die rote Pump- und Mißwirtschaft im Stadtrat. Zudem ließ auch die durch ihn ins Leben gerufene junge Kampfzeitung der Bewegung in Coburg, „Der Weckruf“, keine Gelegenheit vorübergehen, um das verderbliche Treiben des marxistischen Stadtrates aufs schärfste anzuprangern.

Der unaufhaltsame Aufstieg der Bewegung, den Schwede mit seiner Arbeit in Coburg zu verzeichnen hatte, wurde auch dadurch stark vorangetrieben, daß der Führer selbst immer an entscheidenden Tagen des politischen Kampfes seine Person für diesen Kampf der Bewegung in Coburg einsetzte. Als Houston Stewart Chamberlain im Januar 1927 in Bayreuth starb und in Coburg beigelegt wurde, war der Führer in Coburg und gab — wenn er auch selbst wegen eines Redeverbotes noch nicht öffentlich sprechen durfte — seinen Parteigenossen in einer Mitgliederversammlung neue Kraft und neuen Kampfesmut.

Wenige Wochen nach seinem Redeverbot sprach der Führer dann schon öffentlich in Coburg über das Thema „Kopf und Faust“. „Die Frage ist“, so sagte er, „entweder setzt Deutschland seine Menschen im Innern auf den Aussterbe-Etat, oder es rafft seine Menschen zusammen und schafft sich wieder freie Bahn, um Luft und Boden für sie zu gewinnen.“ Ein andermal hämmerte der Führer in Coburg: „Kampf ist die Lösung aller Dinge. Wenn ein Volk darauf Verzicht leistet, verzichtet es auf seine Zukunft.“

Das Jahr 1928 leitete dann für Coburg, wie für Franz Schwede selbst, die große Entscheidung ein. Eine Entscheidung, die nicht nur für die Stadt Coburg und für Schwede, sondern darüber hinaus für die gesamte Bewegung Adolf Hitlers von entscheidender Bedeutung war.

In Coburg gab es einen Juden: Abraham Friedmann, der durch sein erschachertes Geld das gesamte Wirtschaftsleben in Stadt und Land einschließlicly aller Geldinstitute praktisch beherrschte. Dieser Jude war vor dem Kriege noch bettelarm, hatte mit allen möglichen Dingen haufiert und gehandelt und sich schließlich auch in Handelsgeschäfte mit schlechtem Vieh eingelassen. Als der Krieg ausbrach, mußte er bei den 9sern in Coburg einrücken. In wenigen Wochen war er Gefreiter und eperzierte junge deutsche Rekruten auf dem Kasernenhof. Als er mit seinen Rekruten ins Feld einrücken sollte, da legte er sich schnell auf eine Tragbahre und ließ sich ins Lazarett schaffen. Die jungen Rekruten gingen an die Front, kämpften für ihr Vaterland und starben den Heldentod, während Abraham Friedmann einige Tage später wieder völlig gesund aus dem Lazarett herauspazierte. Zur selben Zeit wurden auf Anordnung der Reichsregierung die Kriegsgesellschaften gebildet, und für Coburg wurde ein amtlicher Viehaufkäufer und Leiter der Bezirkschlächtereie gesucht. Angeblich war damals in ganz Coburg niemand anders dafür zu finden als Abraham Friedmann. Nach Beendigung des Krieges wurde dem Juden für diese seine Leistungen und für seine „selbstlose und aufopfernde“ Tätigkeit Dank und Anerkennung ausgesprochen und es wurde ihm der Titel „Kommissionsrat“ verliehen. Die so außerordentlich anerkannte und belohnte Selbstlosigkeit des



Juden Friedmann sah aber so aus, daß aus dem bettelarmen Juden ein mehrfacher Millionär geworden war, der nun seine Geldmacht in Coburg rücksichtslos ausnutzte . . .

Nun bestand damals in dem christlich und national regierten Freistaat Bayern die Möglichkeit, sich für etwa 20 000 Mark einen Kommerzienrattitel gewissermaßen „kaufen“ zu können. Franz Schwede hörte damals durch einen Parteigenossen aus München, daß in dem dortigen Ministerium des Innern die Angelegenheit der Verleihung des Kommerzienrattitels an Friedmann erörtert würde, denn der Jude hatte die „lumpigen 20 000 Mark“ für so einen Titel natürlich gern übrig.

Diese Information gab Schwede Veranlassung, in einer öffentlichen Senatsitzung eine diesbezügliche Anfrage an den Bürgermeister zu richten. Nachdem die Frage — wenn auch gewunden — bejaht werden mußte, stellte Schwede den Antrag, daß von seiten der Stadt mit allen Mitteln versucht werden müsse, diese Verleihung an den Juden zu verhindern. Er begründete diesen Antrag damit, daß es eine Herausforderung der überwiegend nationalen Bevölkerung der Stadt Coburg und insbesondere eine Beleidigung und Kränkung aller Frontsoldaten wäre, wenn diesem Juden nun auch noch der Kommerzienrattitel verliehen würde.

Diese in der Öffentlichkeit gebrachte Begründung rief das Interesse und eine begreifliche Erregung aller Schichten der Coburger Bevölkerung hervor. Schwede fand bis tief hinein in die Kreise der Sozialdemokraten Verständnis für sein Vorgehen.

Da geschah etwas, das so recht das Machtbewußtsein des Juden zeigte. Er stellte an den Stadtrat die Forderung, daß Schwede fristlos aus dem Dienst der Stadt zu entlassen sei oder er — der Großabnehmer! — werde seine Verträge für Koks und Strom kündigen. Der damals judenfeindliche Stadtrat beschloß Schwedes Entlassung. Schwede wurde dabei zur Begründung mitgeteilt, daß man in dienstlicher Hinsicht nicht das geringste gegen ihn einzuwenden habe. Im Gegenteil, man schätze ihn als einen mit ganz außerordentlichen Kenntnissen und Erfahrung ausgestatteten Menschen, der mit größtem Pflichtbewußtsein seinem Dienst immer vorbildlich nachgegan-



gen sei. Aber seine politische Betätigung würde ein weiteres Indienstbleiben bei der Stadt nicht mehr zulassen.

Diese Kündigung Schwedes verbreitete sich wie ein Lauffeuer in der Stadt und löste bei dem größten Teil der Bevölkerung eine große Erregung und Empörung aus. Das veranlaßte den etwas eingeschüchterten Stadtrat, nach einer Kompromißlösung zu suchen. Man wollte auf der einen Seite den Befehl des Juden ausführen und auf der anderen Seite Schwede politisch mundtot machen.

Schwede sollte nämlich eine schriftliche Erklärung unterzeichnen, daß er sich erstens in seiner politischen und stadträtlichen Tätigkeit in Zukunft jeglicher Angriffe auf Coburger Juden enthalten würde, daß er zweitens ebenfalls auf seine Stadtratskollegen entsprechend einwirken wolle, und daß er drittens schließlich auf die ihm nahestehende Presse einwirken werde, daß sie sich ebenfalls künftig jeglicher Angriffe auf Coburger Juden enthalten würde.

„Es ist für mich“, so sagt Franz Schwede dazu in seinen politischen Ausführungen, „von vornherein klar, daß ich diese Erklärung nie unterschreiben werde; und als auch meine Frau als echte Soldatenfrau erklärt: ‚Lieber will ich mit dir und unserem Kinde verhungern, als daß du dich durch diese Unterschrift zu einem erbärmlichen Lumpen stempelst‘ — da gibt es für mich kein Zögern mehr. Ich gehe zur Direktion und erkläre, daß ich die mir überreichte Erklärung nicht unterschreiben kann.“

Unter geschickter Ausnutzung der berechtigten Empörung der Coburger Bevölkerung beantragte Franz Schwede als Fraktionsführer der NSDAP. das gesetzlich vorgeschriebene Volksbegehren zur Auflösung des Stadtrates. Mit einer noch nie dagewesenen Beteiligung brachte die NSDAP. in wenigen Tagen eine weitaus größere als die erforderliche Zahl von namentlich eingezeichneten Listenstimmen zusammen. Dadurch wurde die Regierung gesetzlich gezwungen, einen Volksentscheid zur Befragung der Bevölkerung, ob sie die Auflösung des Stadtrates wünsche, auszusprechen.

Diesen Volksentscheid durchzubringen, war schon wesentlich schwieriger. Es mußten nach dem Gesetz in geheimer Abstimmung

mung über  $\frac{3}{5}$  der bei der letzten Stadtratswahl abgegebenen Stimmen für die Auflösung des Stadtrates abgegeben werden. An dem gigantischen Ringen, das unter der Leitung Franz Schwedes in einem dreiwöchigen Wahlkampf in Coburg einsetzte, nahm der Führer wieder einmal persönlichen Anteil und sprach in einer Großkundgebung am Vorabend der Abstimmung.

Diese Abstimmung brachte Franz Schwede einen überwältigenden Sieg. Weit mehr als  $\frac{3}{5}$  der vorgeschriebenen Stimmen sprachen sich für die Auflösung des Stadtrates aus. Damit war der Stadtrat aufgelöst und eine Neuwahl wurde ausgeschrieben. Diese Neuwahl wurde auf den 23. Juni 1929 angesetzt. Und wieder begann unter nun viel stärkerem Hervortreten aller politischen Parteien der Wahlkampf! Wie beim Volksentscheid, so verstand es Franz Schwede auch jetzt, alle sich bietenden Möglichkeiten mit kluger Taktik und überlegener Strategie auszuwerten.

Am Vorabend der Wahl sprach wiederum der Führer in einer abschließenden Großkundgebung — und wieder war der Wahltag ein Triumphtag für Franz Schwede. Die Nationalsozialisten erhielten 13 von 25 ehrenamtlichen Stadtratsitzen und damit die absolute Mehrheit der ehrenamtlichen Stadträte.

Die Aufgabe, die Franz Schwede und seiner Fraktion nun in der Zukunft zufiel, war nicht einfach. Die Nationalsozialisten hatten formal, vom Standpunkt der Bevölkerung aus gesehen, die absolute Mehrheit im Stadtrat und trugen also auch vor der Öffentlichkeit die Verantwortung. In Wirklichkeit aber konnten nach dem damaligen bayerischen Gemeindeverfassungsrecht die zu den Nationalsozialisten gegnerisch eingestellten Bürgermeister zusammen mit den anderen zwölf Stadträten die Nationalsozialisten in allen entscheidenden Fragen um eine Stimme überstimmen.

So wurde der Rathausaal Coburgs in den nächsten Monaten wiederum der Schauplatz unerhört erbitterter Kämpfe, die Franz Schwede mit seinen nationalsozialistischen Stadtratskameraden führen mußte. Hinzu kam, daß die gegen Schwede und seine politische Arbeit feindlich eingestellte bayerische Regierung mit endlosen schikanösen Maßnahmen und Verordnungen jeden Erfolg seiner Arbeit zu unterbinden versuchte.

Judem setzte im ganzen Reich ein von den Marxisten groß aufgezogener Pressefeldzug gegen Coburg ein. Im deutschen Blätterwald heulte und tobte es über die „Mißwirtschaft und Katastrophenpolitik der Nazis in Coburg“. Es war für die NSDAP. in Coburg außerordentlich schwer, sich dieser vielen Feinde und dieser Angriffe von allen Seiten zu erwehren. Und es war nur der soldatischen Sicherheit Schwedes bei allen seinen Entscheidungen zu danken, daß die junge Bewegung in Coburg diese Monate überstand.

Nicht umsonst hatten die Marxisten diesen Lügenfeldzug gegen die Nationalsozialisten in die Welt gesetzt, denn bereits fünf Monate nach dem Einzug der dreizehn nationalsozialistischen Stadträte in das Coburger Rathaus, am 6. Dezember 1929, fanden in Bayern die ordentlichen Gemeindewahlen statt, an denen sich auch Coburg wieder beteiligen mußte. Den Nationalsozialisten bei diesen Wahlen eine Niederlage beizubringen — darauf richtete sich der ganze Kampf der gegnerischen Parteien, und darum schrie auch die gesamte Presse meute im Reich wochenlang von dem bevorstehenden nationalsozialistischen Zusammenbruch in Coburg.

Franz Schwede selbst hatte Pech in jenem Wahlkampf. Tag für Tag war er unterwegs im Coburger Land und sprach in Wahlversammlungen. Als er in dem fränkischen Orte Wallenfels in einer Versammlung sprechen wollte und den Vorraum zur Bühne betrat, stürzte er im Dunkel eines Notausganges über zwei Meter in die Tiefe hinunter, da die Bretter die Lichtleitung durchschnitten hatten. Mit einem komplizierten Knochenbruch lag er mehrere Wochen im Krankenhaus und mußte von dort aus den ganzen Wahlkampf leiten.

Franz Schwede schreibt darüber in seinem „Kampf um Coburg“:

„Am 5. Dezember — wenige Tage vor der endgültigen Entscheidung — steht plötzlich der Führer an meinem Krankenbett.

Meine Freude ist riesengroß.

Wieder hat sich der Führer entschlossen, selbst in unseren Wahlkampf einzugreifen. Selbst wieder zu den Coburgern zu sprechen . . .! Als mich der Führer nach meiner Ansicht über unsere Aussichten für diese Wahl fragt, da antworte ich ihm



mit meinem alten Optimismus, der mich die ganzen Jahre meines Coburger Kampfes nicht einen einzigen Augenblick verlassen hat: Mein Führer, wir werden siegen! Wir wollen und werden sogar tausend Stimmen mehr erhalten als bei der Juniwahl! — Der Führer sieht mich lange an — dann geht er schweigend zum Fenster und sieht stumm hinaus . . . Am gleichen Abend spricht er im übervollen Festsaal der Hofbräu-gaststätten zu den Coburgern . . .“

Das Ergebnis des Wahltages gab Franz Schwede recht. Die Nationalsozialisten hatten eine Zunahme von rund tausend Stimmen zu verzeichnen und sich damit wiederum die Mehrheit im Stadtrat gesichert.

Diese Bestätigung der Politik Franz Schwedes durch die Coburger Bevölkerung, die noch in einer ganzen Reihe von weiteren Wahlkämpfen in den nächsten Jahren eine Steigerung erfuhr, war für das ganze Reichsgebiet von ausschlaggebender und entscheidender Bedeutung. Ganze Wahlkämpfe der Partei wurden mit der Parole „Coburg“ geschlagen. Der Führer selbst bediente sich in jenen Jahren in seinen Reden wiederholt des Coburger Beispiels. Der Sieg Franz Schwedes in Coburg war aber für den Führer noch aus einem anderen Grunde ausschlaggebend. Adolf Hitler erklärte damals wiederholt: „Coburg ist das typische Beispiel dafür, wie mit zäher Ausdauer und Beharrlichkeit im Kampf der Erfolg zu sichern ist. Coburg ist das Beispiel dafür, daß durch geschickte Arbeit, daß mit Anständigkeit und Sauberkeit in der Politik und der persönlichen Haltung auch auf parlamentarischem Wege eine absolute Mehrheit zu erreichen ist . . .!“

## VI. Oberbürgermeister von Coburg

Für Franz Schwede war nach diesen unerhörten Wahlsiegen der NSDAP. der Kampf im Stadtrat noch nicht beendet. Denn immer noch standen dreizehn ehrenamtlichen nationalsozialistischen Stadträten die zwölf anderen Stadträte und die beiden Bürgermeister in allen entscheidenden Fragen gegenüber. Es galt für Schwede, nun endgültig eine absolute parlamentarische Mehrheit zu erreichen. Neun Monate lang wurde heiß und



bitter um diese eine Stimme gerungen, bis es schließlich gelang, zwei deutschnationale Stadträte zu bewegen, dem nationalsozialistischen Antrag auf die Errichtung einer dritten ehrenamtlichen Bürgermeisterstelle zuzustimmen.

Am 25. August 1930 wurde der Stadtrat Franz Schwede zum ehrenamtlichen dritten Bürgermeister gewählt. Mit der Stimme dieses dritten Bürgermeisters und der Stimme des für Schwede in die Fraktion nachrückenden nationalsozialistischen Stadtrates war die parlamentarische Mehrheit der Nationalsozialisten nun für alle Fälle absolut gesichert.

Auf die Dauer war es für den nationalsozialistischen Bürgermeister Schwede und seine Fraktion natürlich unerträglich, sich in ihrer kommunalpolitischen Arbeit von zwei Bürgermeistern beaufsichtigen und behindern zu lassen, die genugsam bewiesen hatten, daß sie alles andere als Nationalsozialisten waren. Als dann bald der Zeitpunkt der Pensionierung des zweiten Bürgermeisters heranrückte, war es für die NSDAP. klar, daß diese Stelle des zweiten Bürgermeisters in Zukunft nur von einem befähigten Nationalsozialisten besetzt sein konnte. Und es war weiter klar, daß für diese Stelle niemand anders in Frage kam und kein besserer gefunden werden konnte als Franz Schwede. Ein entsprechender Antrag der NSDAP.-Fraktion rief bei den Marxisten „Empörung“ darüber hervor, daß „ein Außenseiter, ein simpler Maschinenmeister“ zweiter Bürgermeister von Coburg werden sollte.

Aber alles Geschrei und alle niedrigen Verunglimpfungen der Person Franz Schwedes halfen ihnen nichts mehr: der „simple Maschinenmeister“ wurde zum ehrenamtlichen zweiten Bürgermeister der Stadt Coburg gewählt.

Von diesem Zeitpunkt an lag die praktische Leitung der Stadt in den Händen Franz Schwedes. Mit der rastlosen Arbeitsenergie — die auch heute noch jeder seiner Mitarbeiter an ihm kennt und bewundert — arbeitete er sich in das nicht leichte und ihm doch von Hause aus völlig fremde Gebiet der behördlichen Verwaltung ein und bewies in den folgenden Monaten, daß ein wahrer Nationalsozialist bei entsprechendem Fleiß und festem Willen stets seine Aufgabe zu lösen weiß.

Als am 16. Oktober 1931 der Stadtrat beschloß, den ersten

Bürgermeister in den Ruhestand zu versetzen, da ergriffen die Nationalsozialisten die Gelegenheit, der deutschen Stadt Coburg nunmehr eine absolute nationalsozialistische Leitung zu geben. Franz Schwede fuhr zum Führer, um ihm Bericht zu erstatten und ihn zu bitten, für die Stadt Coburg einen geeigneten Nationalsozialisten als ersten Bürgermeister zu benennen. Franz Schwede hatte bis zu diesem Augenblick nie daran gedacht, daß er selbst für diesen Posten in Frage kommen könne. Adolf Hitler aber sagte zu ihm: „Sie haben Coburg in erster Linie mit Kommunalpolitischer Arbeit für den Nationalsozialismus erobert und Sie werden nun auch Stadtoberhaupt.“

In der nächsten Stadtratsitzung wurde Franz Schwede zum ehrenamtlichen ersten Bürgermeister der Stadt Coburg gewählt.

In den folgenden Jahren bis zur Machtübernahme im Reich — in einer Zeit also, in der erbitterter denn je um die politische Macht in Deutschland gerungen wurde — bildete das nationalsozialistische Coburg unter der Leitung seines ersten Bürgermeisters und bald zum Oberbürgermeister ernannten Franz Schwede ein sicheres und immer hilfsberechtigtes Bollwerk für die Bewegung Adolf Hitlers. Franz Schwede leistete in jenen Jahren in seinem kleinen nationalsozialistischen Reiche eine bewundernswerte Aufbauarbeit. Er leitete bereits damals große Weihnachtshilfsaktionen ein, die man in ihrer Art mit Recht als Vorläufer zu unserem heutigen Winterhilfswerk bezeichnen kann. Die notleidenden Volksgenossen erhielten — da der damalige Staat versagte — Nahrung und Heizung aus Mitteln, die von der Gemeinschaft der Coburger Menschen aufgebracht wurden.

Er richtete einen freiwilligen Arbeitsdienst ein, und es gelang ihm trotz unendlich großer Schwierigkeiten, ein Arbeitslager junger, lediger Arbeitsloser zu erstellen. Alle diese Maßnahmen wurden von der marxistischen Presse in Coburg und vor allem im Reich in lügenhaften Darstellungen verunglimpft. Die „Sklavenarbeit der Schwede-Garde“, die Hundepfeitsche des Lagerführers, und das Schweinefutter bildeten schreiende Schlagzeilen für die roten Sezartikel. Aber auch dagegen wußte sich der Oberbürgermeister Franz Schwede zu wehren. Er ließ aus dem ganzen Reich marxistische Abordnungen nach Coburg

kommen, ließ sie, solange sie wollten, im Arbeitslager wohnen und ließ sie dann Berichte über ihre Erlebnisse verfassen. Diese Berichte der marxistischen Kommissionen waren ein Faustschlag für die Marxisten, denn ihre eigenen Genossen bezeugten vor aller Welt, wie vorbildlich diese von dem Nationalsozialismus getroffenen Einrichtungen in Coburg waren.

Bis über ein Jahr nach der Machtübernahme wirkte Schwede so mit unermüdlicher nationalsozialistischer Tatkraft in der von ihm für den Führer und seine Idee eroberten Stadt. Der Führer aber dankte seinem Mitkämpfer Franz Schwede für seine Arbeit dadurch, daß er ihm zu seinem Namen den ehren- den Zusatz „Coburg“ verlieh, um ihn so auch äußerlich für immer mit der Stätte seines politischen Kampfes zu verbinden.

## VII. Gauleiter und Oberpräsident von Pommern

Es war klar, daß ein Mensch wie Franz Schwede-Coburg, bald nachdem er seine politische Aufgabe in Coburg so hervor- ragend gelöst hatte, vom Führer vor neue und größere Auf- gaben gestellt wurde.

Am 1. Juli 1934 wurde er zum Regierungspräsidenten der Regierung Niederbayern-Oberpfalz nach Regensburg berufen. Kaum hatte er jedoch seinen Dienst dort angetreten, als ihn ein neuer Befehl des Führers wieder von Regensburg fortberief: am 21. Juli 1934 übernahm Franz Schwede-Coburg als Gau- leiter die politische Führung des Gaues Pommern. Ihm wurde damit vom Führer eine Aufgabe übertragen, die in jener Zeit in Anbetracht der politischen Verhältnisse im Gau Pommern nur ein Mann erfüllen konnte, der so wie Franz Schwede- Coburg von nationalsozialistischem Ideengut erfüllt war und dessen soldatische Haltung — gepaart mit seiner politischen Kampferfahrung — eine feste und straffe Führung garantierte.

Die nationalsozialistische Bewegung hatte in Pommern schon frühzeitig viele Anhänger gefunden, da der pommersche Bauer von jeher gewöhnt war, völkisch zu denken. Bereits 1923 wur- den in den pommerschen Städten Greifswald und Pasewalk die ersten Ortsgruppen der NSDAP. gegründet. Die folgenden Jahre brachten der Partei einen stetigen Aufstieg, denn im



Jahre 1931 waren aus den 12 Ortsgruppen mit 330 Mitgliedern 200 Ortsgruppen mit 10 000 Mitgliedern geworden. Am 1. April 1931 wurde die Gaugeschäftsstelle nach Stettin verlegt, das damit endgültig zur Bauhauptstadt wurde. In den Jahren 1931—1934 nahm jedoch die Partei in Pommern infolge einer wenig glücklichen politischen Führung keine nennenswerte Entwicklung, bis dann im Zusammenhang mit der Böhm.-Revolte der Führer mit einem eisernen Besen kehrte und die politische Säuberung auch im Gau Pommern durchgeführt wurde. Nach diesem kurzen, parteigeschichtlichen Rückblick wird es verständlich, daß der Gau Pommern auf allen Gebieten des politischen, wirtschaftlichen, industriellen und kulturellen Lebens einer Erstarkung bedurfte und daß dazu eben ein Mann nötig war, der die Zügel fest in der Hand zu halten wußte und der ein erprobter Kämpfer des Führers war.

Diesen Mann suchte und fand der Führer in Franz Schwede-Coburg.

Und die Entwicklung des Gaues Pommern in den folgenden Jahren zeigte, daß der neue Gauleiter von Pommern seine schwere Aufgabe anzupacken und zu erfüllen verstand. Die gleichzeitig erfolgte Ernennung des Gauleiters zum Oberpräsidenten von Pommern vereinigte die politische und staatliche Führung des Gaues in der Hand Franz Schwede-Coburgs, der am 1. September 1934 durch den preußischen Ministerpräsidenten zum Staatsrat ernannt wurde.

Tatkräftig ging der Gauleiter zunächst daran, sich einen Stab von befähigten und politisch zuverlässigen Mitarbeitern zu bilden und die Einheit und die Schlagkraft der Bewegung wieder zu ihrer alten Höhe emporzuführen. In unermüdlicher Tag- und Nachtarbeit war er in jenen Wochen und Monaten in Stettin mit seinen Mitarbeitern tätig, um die Voraussetzungen für den Wiederaufstieg Pommerns zu schaffen. In ausgedehnten Besichtigungsfahrten verschaffte sich der Gauleiter ein Bild von der äußeren und inneren Struktur seines Hoheitsgebietes, und eine seiner ersten Fahrten führte ihn gleich nach Pasewalk.

Denn bereits vor seiner Ernennung zum Gauleiter von Pommern hatte Franz Schwede-Coburg in der deutschen Presse



Artikel über den „Wallfahrtsort der deutschen Nation“ gelesen und empfand es als eine heilige Pflicht, nun auch selbst so bald wie möglich jene Stätte zu besuchen, wo der Führer einst halb erblindet im Lazarett lag und jene furchtbaren Tage der November-Revolution erleben mußte. Als der Gauleiter dann in Pasewalk vor jenem „Wallfahrtsort der Nation“ stand, da war er erschüttert und empört zugleich über den unwürdigen Zustand, in dem sich jene Stätte befand. Sofort gab er den Auftrag, das Haus, in dem Adolf Hitler einst seine politische Erkenntnis fand, die er in seinem Buch „Mein Kampf“ mit den Worten ausspricht: „Ich aber beschloß Politiker zu werden“, in einen würdigen Zustand zu setzen. Ein alter Freund und Kampfgenosse aus Coburg, der Architekt des Herzogs von Coburg, Parteigenosse Claassen, erhielt den Auftrag zum Ausbau dieser historischen Stätte, die dann am 21. Oktober 1937 in einer würdigen Feierstunde durch den Stellvertreter des Führers ihre Weihe erhielt . . .

Da Pommern, „das Land der Bauern, Seefahrer und Soldaten“, seine Kraft vorwiegend aus der Scholle schöpft, so setzte die Arbeit des Gauleiters in hohem Maße bei der Landwirtschaft ein. Die starke Förderung der pommerschen Landwirtschaft und damit Hand in Hand gehend die Besserung der ländlichen Wohnungsverhältnisse — rund 5000 neue Werkwohnungen wurden allein in den Jahren 1935 bis 1937 errichtet — sind auf den nimmermüden Einsatz des Gauleiters zurückzuführen. Wie überhaupt das Augenmerk des Gauleiters stets darauf gerichtet ist, die sozialen Verhältnisse der breiten Masse unseres Volkes, insbesondere des deutschen Arbeiters, zu verbessern.

Der Führer selbst sagte in diesem Zusammenhang über Franz Schwede-Coburg folgendes bei seiner Rede vor der Führerschaft des Gaues Pommern am 12. Juni 1938: „... Alle unsere großen Leistungen sind nur denkbar gewesen durch das Vertrauen der breiten Massen unseres Volkes, in erster Linie des deutschen Arbeiters. Für ihn zu sorgen, ihn vollkommen herauszulösen aus der verderblichen Ideologie, die ihn noch vor wenigen Jahren beherrschte, darin sehen wir unsere schönste Aufgabe! So werden wir immer mehr dem sozialen Deutschland nachstreben und es zu verwirklichen suchen. Und ich weiß, Gauleiter

Schwede-Coburg, daß gerade Sie auf diesem Gebiet ein hervorragender Meister sind!"

Wer mit dem Gauleiter durch den Gau Pommern fährt, hat immer wieder Gelegenheit, dieses tiefe soziale Empfinden und Verständnis an ihm zu bemerken und zu bewundern. Keine Gelegenheit läßt der Gauleiter bei Besichtigungen von Behörden oder Wirtschaftsbetrieben vorübergehen, ohne sich von den sozialen Verhältnissen auch des geringsten Angestellten oder Arbeiters zu überzeugen. In seiner einfachen, väterlichen Art unterhält er sich mit den Menschen, geht auf dem Lande in ihre Wohnungen und drückt der Frau eines Arbeiters besonders herzlich die Hand, wenn ein reicher Kindersegner die ärmliche Stütze mit frohem Kinderlachen und mit Sonnenschein erfüllt.

Dieses soziale Empfinden, geleitet von der Erkenntnis, daß nur ein gesundes und kinderreiches Volk sicher in die Zukunft marschiert, bestimmt auch die Maßnahmen, die der Gauleiter bei den ihm unterstellten Behörden durchführen ließ. So sieht er darauf, daß seine Beamten und Behördenangestellten nicht zu verstaubten Bürokraten und verkrüppelten Junggesellen heranwachsen, sondern daß sie rechtzeitig daran denken, eine Familie zu gründen. Und vorbildlich ist die Betreuung, die er — abgesehen von den finanziellen Zuwendungen in Gestalt von Kinderbeihilfen — den kinderreichen Familien angedeihen läßt.

Klar hat er den verderblichen Einfluß der Seuchen, insbesondere der Tuberkulose, erkannt und dafür gesorgt, daß Pommern vorbildlich im Reich in der Frage der Seuchenbekämpfung dasteht. Seiner Initiative ist es zuzuschreiben, daß die Provinz Pommern heute bereits über mehrere vorbildlich eingerichtete und mit den modernsten Apparaten ausgestattete Tuberkulose-Heimstätten verfügt. Um der heimtückischen Ansteckungsgefahr dieser Seuche vorzubeugen, hat der Gauleiter für die Gefolgschaftsmitglieder aller ihm unterstehenden Behörden und Verwaltungen bereits vor Jahren die Pflichtuntersuchung auf Tuberkulose angeordnet. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß dadurch manch großes Unheil vermieden und manch wertvolle Arbeitskraft durch das rechtzeitige Erkennen der tückischen Krankheit gerettet werden konnte.

Alle diese erfolgreichen Bestrebungen des Gauleiters sind diktiert von seinem sozialen Empfinden, das der Führer in so aner kennenswerten Worten gewürdigt hat.

### VIII. Schaffung leistungsstarker Landgemeinden

Einem Kommunalpolitisch so erfahrenen alten Nationalsozialisten wie Schwede-Coburg war es klar, daß die Stadtgemeinden im Dritten Reich in Folge der allgemeinen Belebung auf allen Lebensgebieten eine recht gesunde Aufwärtsentwicklung nehmen würden. Allein der Zustand in den Landgemeinden machte ihm seit Jahren ernste Sorgen. Er erkannte ganz eindeutig, daß alle seine Bestrebungen, dem Landarbeiter eine gesunde und befriedigende Existenzbasis durch soziale Zuwendungen und durch die Lösung der Wohnungsfrage zu schaffen, nur dann einen vollen Erfolg haben konnten, wenn leistungsstarke Landgemeinden die Durchführung dieser Pläne ermöglichen halfen.

Wie aber sah es auf diesem Gebiete bis zum Jahre 1938 aus?

Von allen in Deutschland (ohne Ostmark und Sudetenland) vorhandenen 50 600 Gemeinden hatten 32 000 eine Größe unter 500 Einwohner. Das bedeutete, daß über 60 Prozent aller deutschen Gemeinden zu einem großen Teil als nicht mehr leistungsfähig zu bezeichnen waren. Die Aufgaben, die einem Bürgermeister — auch in den kleinsten Gemeinden — aufgetragen wurden, nahmen an Zahl und Umfang laufend zu, so daß sich die meisten ehrenamtlichen Bürgermeister der kleinen und kleinsten Gemeinden außerstande sahen, den an sie gestellten Anforderungen genügen zu können. Es lag dabei, das sei zur Klarstellung ausdrücklich betont, nicht am guten oder schlechten Willen der Männer, sondern an der Tatsache, daß ihnen einfach die notwendige Zeit fehlte, die diese Amtsführung erforderte.

Gauleiter Schwede-Coburg erkannte also, daß eine Gesundung der Landgemeinden nur zu erreichen war, wenn diese Vielzahl der kleinen Gemeinden verschwand. Da er nun einmal diese Erkenntnis in der Theorie gewonnen hatte, gab es für den



Kämpferischen Aktivist Franz Schwede nur eins: in der Praxis zu erproben, was die Theorie versprach. In zwei pommerschen Landkreisen wurden also nach den Plänen des Gauleiters je nach den vorhandenen Verhältnissen vier, fünf oder sechs Gemeinden zu einer Verwaltungseinheit zusammengefaßt. Sie erhielten eine gemeinsame Verwaltung, einen Bürgermeister, der für dieses neu gegliederte Gemeindegebiet zugleich noch Amtsvorsteher und Standesbeamter ist, und einen Gemeinderat. Die Größe dieser neu gebildeten Gemeinden liegt im allgemeinen etwa zwischen 1500 und 3000 Einwohnern. Es wäre unmöglich und auch falsch, ein starres Maß anzulegen. Vielmehr müssen die örtlichen Verhältnisse, die Verkehrsverhältnisse, die politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Strukturen berücksichtigt werden. Der Bürgermeister, den der Gauleiter für diese völlig neue Art von Gemeinden brauchte, mußte zwangsläufig als völlig neuer Typ erscheinen. Er ist ehrenamtlich tätig, erhält aber eine Aufwandsentschädigung, deren Höhe dem Maß der Verantwortung entspricht, das jeder einzelne zu tragen hat. Er wird damit in die Lage versetzt, sich auf seinem Hof oder in seiner Werkstatt eine Hilfskraft zu halten, die ihn während seiner Abwesenheit dort vertreten kann. Gleichzeitig ist mit diesem Bürgermeister, der mit einem Bein stets im praktischen Leben steht, der Garant dafür geschaffen, daß die Verwaltung in der neuen Landgemeinde nicht „verbürokratisiert“. Je nach der Größe der Gemeinden stehen dem Bürgermeister ein oder zwei Hilfskräfte zur Verfügung. Acht- oder vierzehntätig hält der Bürgermeister Sprechstunden in den einzelnen Dörfern seiner Gemeinde ab und erspart den Menschen so zeitraubende und beschwerliche Fußwege.

Wie nun wirkt sich diese Reform Schwede-Coburgs in den seit 1935 bestehenden größeren Gemeinden in Pommern aus?

Zunächst kurz die Finanzlage.

Zum großen Teil sind die Landgemeinden in ihrer alten Art und Größe noch sehr stark verschuldet gewesen. In der großen Anzahl von Gemeindekassen waren immer nur kleine Beträge vorhanden, mit denen im Grunde nichts oder nur wenig anzufangen war. Dadurch, daß man nun vier oder sechs solcher Gemeinden — und damit auch Gemeindekassen! — zusammen-

faßte, waren ja nicht nur die Gemeinden, sondern auch die Kassen größer. Mit dem nunmehr zur Verfügung stehenden größeren Betrag konnte man natürlich eine ganz andere und größere Planung der Aufgaben vornehmen. Als erstes setzte in den neugebildeten Gemeinden eine Schuldentilgung ein, die allgemein überraschte. Weiter wurde, meist schon im zweiten Jahre, zu einer gesunden Rücklagenbildung geschritten. Der Wegebau im gemeinschaftlichen Land- und Spanndienst entwickelte sich vorzüglich. Schulen wurden neu errichtet, alte Schulgebäude konnten verbessert werden, und Feuerlöscheinrichtungen wurden modernisiert.

Im Rahmen einer gesunden Finanzwirtschaft konnten weiter die Voraussetzungen für Heimbauten für die Hitler-Jugend geschaffen werden. Eine Anzahl sonstiger Aufgaben, die früher der Landrat erledigen mußte, konnte von den nun leistungsstärkeren Gemeinden übernommen werden. Die Auffassung des Gauleiters, nach der alles das, was der Bürgermeister an Aufgaben schaffen und bewältigen kann, nicht der Landrat tun soll, wurde zur Freude der Volksgenossen verwirklicht. Das heißt, die engste Verbundenheit der Verwaltung mit dem Leben ist in diesen Gemeinden Tatsache geworden.

Durch die Schaffung solcher leistungsfähiger Landgemeinden wurde so der Grundstock für die Gestaltung einer neuen, nationalsozialistischen Lebensform auf dem Lande geschaffen. Das aber ist der erste Schritt auf dem Wege zu dem Ziel, in jeder größeren Landgemeinde einen politischen und kulturellen Mittelpunkt zu besitzen, der seine Kräfte bis in die letzten Zellen der Volksgemeinschaft ausstrahlt. Diese volksnahe Verwaltung wird es sich nach dem ausdrücklichen Willen des Gauleiters auch zur Pflicht machen, die Dorfgemeinschaft aufrechtzuerhalten; auch aus diesem Grunde wird der politische Höhesträger der Gemeinde als „Dorfältester“ im Gemeinderat sitzen.

Die Pionierarbeit, die Gauleiter Schwede-Coburg auf diesem Gebiete bereits in den ersten Jahren seiner Tätigkeit in Pommern geleistet hat, ist nicht umsonst gewesen. Die höchsten Stellen des Reiches haben interessiert die Arbeit des Gauleiters verfolgt und den ungeheuren ideellen und materiellen Wert seiner Reformpläne erkannt.

## IX. Der Vierjahresplan in Pommern

Hat Schwede-Coburg seit Beginn seiner Tätigkeit in Pommern so auf dem landwirtschaftlichen Sektor alles getan, um das Agrarland Pommern einer wirtschaftlichen Gesundung und Aufwärtsentwicklung entgegenzuführen, so ging er mit dem gleichen restlosen Eifer auch sofort daran, die Schäden auf industriellem und wirtschaftlichem Gebiet zu beseitigen, die die Systemzeit dem nun seiner Führung unterstellten Gau geschlagen hatte.

Industrie gab es in Pommern so gut wie gar nicht, und die Hafenstadt Stettin hatte durch das Verschwinden der Vulkanwerft und verschiedener anderer kleiner Werften ebenfalls eine traurige Entwicklung hinter sich. Selbst das Stoewer-Werk in Stettin, das einzige größere und über Pommern hinaus bekannte Automobilwerk, befand sich in einer hoffnungslosen, finanziellen Lage. Dem Einsatz des Gauleiters gelang es damals, dieses Werk zu retten und es im Laufe der folgenden Jahre zu einem industriellen Unternehmen emporzuwachsen zu lassen, das heute wieder völlig gesichert dasteht und sich mit seinen Fabrikaten seinen alten Ruf zurückerobert hat.

Auch im Rahmen des Vierjahresplanes sind in Pommern eine Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen getroffen worden, an denen der Gauleiter führenden Anteil hat.

Der Gauleiter erhielt beispielsweise von Ministerpräsident, Generalfeldmarschall Göring den Auftrag, die Ostseefischerei von Grund auf zu modernisieren und zu vergrößern. Die Maßnahmen, die dazu notwendig waren, mußten sich von der Produktion bis zur Schaffung von neuen Absatzgebieten erstrecken.

Ein ausführliches Programm wurde dem Generalfeldmarschall überreicht und in seinen Grundzügen von dem Büro Göring, Abteilung Ernährung, und dem Reichsernährungsministerium als notwendig anerkannt.

Tatkräftig wurde in den einzelnen Sparten mit der Durchführung begonnen, so daß mit dem Ablauf des Vierjahresplanes die Maßnahmen voll und ganz zur Ausführung gekommen sein



werden. Besonders der Bau von neuen Kuttern und die Ersatzbeschaffung von älteren Kuttern wurde vorangetrieben. Die modernen Typen sind wesentlich größer als die alten Fahrzeuge und sind mit stärkeren Motoren ausgerüstet, damit sie in der Lage sind, auch weit entlegene Fangplätze aufzusuchen. Damit sie die Ware frisch an den Markt bringen können, sind sie auch mit Kühleinrichtungen versehen.

Die Flotte für die Strand-, Bodden- und Gaff-fischerei wurde überholt und mit dem umfangreichen Ersatzprogramm wurde begonnen.

Ein großzügiger Ausbau des Hafens von Stolpmünde, der auch dem „Seedienst Ostpreußen“ dienen soll, wurde begonnen; ebenso ist die Finanzierung für den Ausbau des Hafens Leba bereits sichergestellt. Die Fischereihäfen von Rügenwalde und Sahnitz erfahren eine bedeutende Erweiterung, ferner wird der Hafen von Stralsund umgestaltet. An allen wichtigen Anlandeplässen sind Kühlanlagen geschaffen, so daß die fische, die auf modernen Fahrzeugen schon vorgekühlt sind, frisch den einzelnen Märkten zugeleitet werden können. Die fischverarbeitende Industrie und die Werften haben ebenso die Förderung der Reichsstellen erfahren, damit sie in der Lage sind, das erhöhte Fischaufkommen zu verarbeiten.

Auch die Maßnahmen zur Stützung und zum Ausbau der Binnenfischerei zeitigten ein erhöhtes Fischaufkommen. Einer der hervorragendsten Fortschritte auf diesem Gebiete ist die Marktregelung und Marktleitung. Durch die Hauptvereinigung der deutschen Fischwirtschaft sind die Preise für die einzelnen Sparten festgesetzt worden, und es ist Prinzip, daß der Fischer einen angemessenen Preis für seine Ware erhält. Es sind für die einzelnen Fischsorten Erzeugerpreise, Groß- und Einzelhandelspreise geschaffen worden, die den Konsum beträchtlich heben, da sie es den weiten Schichten der Bevölkerung ermöglichen, fische zu essen. Die Fischzentrale in Stettin hat die Aufgabe, das Hinterland bis hinunter zur Ostmark mit Ostseefischen zu versorgen.

Fischmehlfabriken wurden gebaut, die den Fischern den Beifang und der Industrie den Abfall abnehmen und zu Fischmehl verarbeiten. Diese zu Fischmehl verarbeiteten Abfälle, die

früher nicht verwertet wurden, kommen jetzt der Landwirtschaft als wertvolles Futtermittel zugute.

Zusammenfassend zu diesem Punkte kann gesagt werden, daß mit der restlosen Durchführung dieses Programms Schwedencoburgs die pommerische Fischerei ein Instrument ist, das auch in schweren Zeiten in der Lage ist und die Mittel besitzt, wesentlich zur Ernährung des deutschen Volkes beizutragen.

Auch auf vielen anderen Gebieten im Rahmen des Vierjahresplanes hat die Initiative des Gauleiters wertvolle Ergebnisse gezeitigt. Der wichtigste Rohstoff neben den landwirtschaftlichen Erzeugnissen ist das Holz, und eine sehr bedeutende Industrie verarbeitet diesen Rohstoff im Gau Pommern. Der Gauleiter hat immer den Standpunkt vertreten, daß das in Pommern gewachsene Holz auch nach Möglichkeit in Pommern verarbeitet werden muß und seinen Bemühungen ist es zu danken, daß der Rohstoff Holz bis zu den feinsten Möbeln verwertet wird, die in pommerischen Großbetrieben hergestellt werden.

Auf Einwirken des Gauleiters wurden weiterhin in Pommern Nachforschungen auf Eisenvorkommen und Braunkohlenvorkommen angestellt. Dabei hat man ein ausgedehntes Braunkohlenlager gefunden, das bei seinem Abbau der ganzen Ostgrenze des Gaues ein billiges Feuerungsmittel erschließen würde.

Da es immer ein wesentlicher Faktor im Programm des Gauleiters gewesen ist, im Rahmen des Möglichen den Osten zu industrialisieren, um auch so einer Abwanderung der Bevölkerung entgegenzuarbeiten, wird in Ostpommern nunmehr auch neben anderen Einrichtungen eine Extraktionsanlage nach einem neuen Verfahren errichtet, die aus Kiefernstubben Terpentinöl und Harz gewinnt, ferner Halbzellstoff, der zu Papier usw. verarbeitet wird. Die Anlage ist insofern bedeutsam, da bisher Kiefernstubben nicht verwertet werden konnten, sondern im Walde vermoderten, und nun durch den Bau derartiger Anlagen eine wesentliche Lücke der Selbstversorgung geschlossen wird, weil bislang noch immer sehr viel Terpentinöl, Harz und Zellstoff eingeführt wurde.

Alle diese Maßnahmen und Einrichtungen, die in diesem Rahmen vielleicht als kaum erwähnenswert erscheinen mögen, kennzeichnen die vielseitigen und unermüdlichen Bestrebungen

Schwede-Coburgs, auch die letzten Möglichkeiten auszuschöpfen, um Pommern neben einer gesunden Landwirtschaft einen wirtschaftlichen und industriellen Aufschwung zu geben, der es zu einem starken und gefestigten Bollwerk im Osten des Reiches macht.

## X. Neuaufbau des Vulkans

Zu den Trümmerhaufen, die die Machthaber der Systemzeit nach ihrem flüchtigen Abgang allenthalben in Deutschland zurückließen, gehörte im buchstäblichen Sinne des Wortes auch das Ruinenfeld in Stettin, auf dem sich einst die international bekannte und berühmte Vulkanwerft erhoben hatte. Dort war 1852 der Eisenschiffbau in Deutschland zuerst eingeführt worden, und 8000 Menschen fanden Arbeit und Brot in den damaligen Werkstätten des Vulkan. Mit den skandinavischen Staaten, dem russischen Zarenreich, mit Österreich-Ungarn, England, Italien und dem Balkan hat die Werft in Geschäftsverbindungen gestanden. Schiffe von Weltruf waren auf den Geländen des Werkes entstanden: der „Imperator“, die Linienschiffe „Friedrich der Große“ und „Großer Kurfürst“, und ein Schiff der Stettiner Werft hatte die Kriegshandlungen zur See im Jahre 1914 eröffnet: der Seebädderdampfer „Königin Luise“, der bei Verlegung einer Minensperre in der Themse nach tapferer Gegenwehr durch englische Kriegsschiffe versenkt wurde.

Gewaltiges hatte das Unternehmen in den Kriegsjahren geleistet, zweiundneunzig Torpedoboote, dreiundsiebzig Unterseeboote, und drei kleine Kreuzer hat es für Deutschlands Lebenskampf erstellt. Es war eine ruhmvolle Werktradition, auf die der „Vulkan“ zurückblicken konnte. Trotz der schweren Schläge des Versailler Schandvertrages glaubte man, das Werk fortführen zu können. Jedoch die katastrophale Wirtschaftspolitik der Systemgewaltigen und die Geldgier egoistischer Aktienprofitler setzten dieser Entwicklung ein Ende.

Als man nach der Inflation und der folgenden Scheinblüte an Wirtschaftsaufbauexperimenten herumdocterte, glaubte man im Zuge dieser kapitalistischen Rationalisierungsmaßnahmen auch die Stettiner Werft eingehen lassen zu müssen.



Es war ein alter Plan Schwede-Coburgs, den Schandfleck der Systemzeit, das Trümmerfeld der Vulkanwerft, aus seiner Bauhauptstadt verschwinden zu lassen und in der Hafenstadt Stettin ein neues Werk zu errichten. Mit einer geradezu verbissenen Intensität hat der Bauleiter diesen seinen Plan fast vom ersten Tage seiner Tätigkeit in Pommern an vorwärtsgetrieben. Klar und deutlich erkannte er schon 1935, welche Bedeutung gerade diese Stätte zur Erfüllung der vom Führer zu stellenden Aufgaben haben würde.

Jahrelang blieben die Bemühungen des Bauleiters ohne Erfolg. Die Schwierigkeiten erschienen unüberwindlich, da sich fast alle interessierten Stellen einem Neuaufbau des Vulkan entgegenstellten. Aber so ist es ja immer: Menschen, denen der Blick für die Zukunft Deutschlands fehlt, sind allzu gern beflissen, den kühnen Schwung anderer durch ihre pessimistischen Unkereien aufzuhalten.

Erst als der Bauleiter dem Führer und Generalfeldmarschall Göring dieses Projekt vortrug, wurde es anders. In seiner gewaltigen Abrechnung vom Februar 1938 befaßte sich Adolf Hitler ja auch mit den Notwendigkeiten und Begebenheiten im deutschen Schiffbau. Ende 1937 lagen auf deutschen Werften 370 000 t Inlandsaufträge — die der Kriegsmarine nicht mit eingerechnet — und 350 000 t Auslandsaufträge auf Stapel. 400 000 t weiterer Aufträge konnten nicht ausgeführt werden, weil es im deutschen Schiffbau an den notwendigen Anlagen mangelte. Nun war es offenbar, worauf der Bauleiter in all den letzten Jahren immer wieder hingewiesen hatte: nicht nur, um Stettin aus egoistischem Wirtschaftsinteresse einen neuen Aufschwung zu geben, sondern um eine für unser Volk gesamtwirtschaftliche Schwierigkeit überwinden zu helfen, war es notwendig, daß die Stettiner Vulkanwerft neu erstand.

Vom Führer selbst konnte der Bauleiter anläßlich des Besuches Adolf Hitlers in Stettin am 12. Juni 1938 dann den Befehl empfangen, die Vulkanwerft wieder aufzubauen. Sofort ging es ans Werk. Am 1. August 1938 wurde in einer Feier auf dem verödeten Gelände der alten Vulkanwerft der Grundstein zu dem neuen Werk gelegt.

Besonders bemerkenswert ist dabei, daß Generalfeldmarschall

Göring der neuen Werft als Sonderauftrag die Aufgabe erteilte, Schulungswerkstätte für den gesamten deutschen Schiffbauarbeiternachwuchs zu sein. Durch Umschulung geeigneter Kräfte und damit durch Bildung eines neuen Nachwuchses erhalten diese Lehrwerkstätten, deren Inbetriebnahme am 1. August 1938 erfolgte, eine weitgehende nationale Bedeutung, die auch darin zum Ausdruck kommt, daß die Finanzierung dieser Werkstätten und der Ausbildungsmaßnahmen durch das Reich selbst erfolgt. Der übrige Aufbau vollzieht sich planvoll in zwei Abschnitten: es wird zunächst für den Schiffbau selbst und dann für den Bau von Zubehör Sorge getragen.

Auf den alten Fundamenten werden vier Sellige ausgebaut, auf denen Schiffe von 200 Meter Länge und 24 Meter Breite gebaut werden können. Typen, wie das Kd.f.-Schiff „Wilhelm Gustloff“ werden hier auf Kiel gelegt werden können. Später werden auch Werkstätten für den Schiffsmaschinenbau angegliedert werden. Die Anlagen werden, es braucht nicht betont zu werden, nach den Gesichtspunkten modernster Erfahrungen, größter Materialsparsamkeit und Wirtschaftlichkeit verwirklicht. Die Neubaufträge für die Werft sind bereits auf Jahre hinaus gesichert. Ihr Arbeitsgebiet ist zunächst hauptsächlich auf den Bau von Fracht- und Fahrgastschiffen ausgerichtet; das Bauprogramm von „Kd.f.“ wird zu ihrer glücklichen Weiterentwicklung beitragen.

## XI. Der Schöpfer der Unterwasserkraftwerke

Schon während seiner Tätigkeit in Coburg hat sich Franz Schwede-Coburg eingehend mit der Frage der Elektrizitätsversorgung in Deutschland beschäftigt. Bereits damals hat er insbesondere den Standpunkt der Versorgungssicherheit im Hinblick auf die Bedeutung in wehrpolitischer Beziehung gegen die Machthaber des roten Stadtrates fanatisch verteidigt. Diese seine Auffassung erfuhr im nationalsozialistischen Deutschland dann noch eine weitere Festigung. Schwede-Coburg vertrat anlässlich der „Tage der Technik in Pommern“ im Jahre 1936 in diesem Zusammenhang die folgende Überzeugung, daß neben dem notwendigen Bestehen eines guten Ver-

bindungs- und Versorgungsnetzes nur eine größtmögliche Zahl kleiner und kleinster Energie-Erzeugungsanlagen die größte Sicherheit für die Versorgung bietet. „Es wird von niemandem bestritten“, so führte der Gauleiter damals aus, „daß z. B. bei dem Angriff eines Bombengeschwaders auf ein Großkraftwerk, das nach seiner bis heute üblichen Bauweise einen besonders sicheren Ansteuerungspunkt für Flugzeuge darstellt, dieses in seiner maschinellen Anlage so zerstört werden kann, daß es auf Monate, wenn nicht auf Jahre hinaus, vollkommen gebrauchsunfähig wird. Wenn also das Versorgungsgebiet Pommern von drei Großkraftwerken versorgt wäre und nur zwei davon durch einen Fliegerangriff zerstört würden, wäre gerade die im Kriegsfall besonders notwendige Energieversorgung lahm gelegt; dem würde auch eine noch weitergehende Verbundwirtschaft nicht entgegenwirken, da man annehmen muß, daß in den Nachbargebieten ähnliche Schäden angerichtet werden. Die wirksamste Betätigung gegenüber diesen Gefahren ist und bleibt nur die Verteilung der Gesamtversorgung auf eine möglichst große Anzahl kleinerer Betriebe.“ — — —

Es nimmt kaum Wunder, daß der Gauleiter mit seinen Reformplänen auf dem Gebiete der Energieversorgung auf einen harten Widerstand in den Kreisen sogenannter „Fachleute“ stieß. Aber schon oft haben sich die Menschen ja gegen revolutionäre und umwälzende Taten gewehrt, und viele segensreiche Erfindungen mußten argwöhnischen und kleinen Geistern fast mit Gewalt aufoktroiyert werden. Gauleiter Schwede-Coburg aber bewies auch den seinen Plänen widerstrebenden Kreisen, daß es auf dem Gebiete der Energieversorgung dennoch neue Wege gab.

Er bewies es ihnen durch die Schaffung der Unterwasserkraftwerke. In gemeinsamer Arbeit mit dem Gauamtsleiter des Amtes für Technik von Pommern, dem heutigen Ministerialrat im bayerischen Ministerium des Innern, Pg. Arno Fischer, entstanden die Pläne für das erste Unterwasserkraftwerk der Welt in der Persante bei Rostin in Pommern. Dieses geniale Werk vereinigt in sich alle die Vorzüge, die das Werk nach dem Willen seines Schöpfers haben mußte: es gestattet in einem erschöpfenden Maße die restlose Ausnutzung



der Wasserkräfte geeigneter Flüsse, es ist wesentlich billiger in seiner Anlage und seiner Stromproduktion als die bisherigen Wasserkraftanlagen und hat außerdem in wehrpolitischer Hinsicht den großen Vorzug, für feindliche Luftangriffe ein kaum auszumachendes Ziel zu bieten. Hinzu kommt, daß durch die Anlage vieler in wenigen Kilometer Abständen liegenden Stufen solcher Unterwasserkraftwerke — die in gefahrlosen Zeiten zu einem Großkraftwerk zusammengekoppelt werden — selbst bei Vernichtung der einen oder anderen Stufe keine Unterbrechung in der Energieversorgung eintreten kann.

Es ist klar, daß eine so geniale neuartige Anlage zunächst auf viele technische Schwierigkeiten stieß und die Lösung vieler technischer Probleme und Erfindungen in sich trug. Besonders für den Einbau der Kraftmaschinen mußte eine ganz neuartige Lösung erfunden werden, denn die Maschinen mit ihren Zubehörteilen waren derart einzubauen, daß sie ohne Beeinträchtigung ihrer Betriebsfähigkeit und Sicherheit völlig überflutbar waren — also völlig unter Wasser liegen und arbeiten mußten. Diese Aufgabe wurde durch die Bauart Schwede-Coburg—Fischer gelöst. Die bisherigen Maschinentypen der Turbinen wie auch der Stromerzeuger waren hierzu in keiner Weise verwendungsfähig. Es mußten sich Maschinen- und Tiefbauingenieure hier auf einer Linie zusammensinden, um ein Ganzes zu schaffen, das allen Anforderungen genügte. Auf kleinstem Raum mußten die Maschinen zusammengezogen werden, um keine unnötig großen und kostspieligen Fundamentbauten und Bedienungsräume zu erhalten. Schritt für Schritt mußte bei der Schaffung dieses Maschinen- und Kraftwerktyps vorgegangen werden, um ein Minimum an Ausmaßen, Gewichten und Kosten bei einem Maximum von Wirtschaftlichkeit, Betriebsicherheit und Leistung zu erhalten.

Alle diese Mühen aber wurden gelohnt, als das Werk dann lief und die Erwartungen, die man an seine Leistungen geknüpft hatte, sich voll erfüllten.

In dem bayrischen Innenminister, dem Gauleiter des Traditionsgebietes der NSDAP., Adolf Wagner, fanden Gauleiter Schwede-Coburg und Pg. Fischer einen verständnisvollen Freund und Förderer ihrer umwälzenden Pläne. Mit Freuden

begrüßten es diese Männer, als Generalfeldmarschall Göring den Auftrag gab, nunmehr, nachdem sich die Idee der Unterwasserkraftwerke durch das erste Werk in Pommern als durchführbar gezeigt hatte, auch an größeren und schwierigeren Flüssen diese neuartigen Wasserkraftanlagen zu erproben. Pg. Fischer fuhr nach Bayern, und es entstand in der Iller im bayerischen Allgäu ein zweites, etwa zehnmal größeres Werk, das bereits im Sommer 1938 seiner Bestimmung übergeben werden konnte. In diesem und in den folgenden Jahren wird die Iller vollständig ausgebaut werden und desgleichen anschließend der Lech.

So beweist auch auf diesem Gebiete wieder einmal die kämpferische Tatkraft eines Mannes, daß Schwierigkeiten da sind, um überwunden zu werden, und daß einmal gewonnene Erkenntnisse bei richtigem Einsatz der Person ihrer Verwirklichung zum Wohle der Allgemeinheit zugeführt werden können.

## XII. Der Gauleiter als Bundesführer des Reichstreubundes

Wie sehr Schwede-Coburg von allen Formen des Soldatentums erfaßt ist, beweist die Tatsache, daß er trotz der starken Inanspruchnahme durch den politischen Kampf sich seit jeher aktiv in der Gemeinschaft seiner ehemaligen aktiven Kameraden betätigte.

Bald nach seinem Ausscheiden aus dem aktiven Wehrdienst stellte er sich in die Reihen seiner Kameraden, die sich damals im „Reichsbund der Zivildienstberechtigten“ mit allen möglichen Feinden des Soldatentums, insbesondere aber mit den Feinden der deutschen Unteroffiziere herumschlagen mußten.

Als einsame Insel stand das Soldatentum im Volk. Insbesondere richtete sich der Kampf aller Schwächlinge, Feiglinge und Verräter gegen die Berufssoldaten. In ihnen sahen sie mit Recht die Träger des Soldatentums. Alle nur möglichen Mittel wurden angewandt, um diese Soldaten zu befehlen und das Volk gegen sie aufzuheizen.

Eines dieser Mittel bestand in dem Kampf gegen das „Eindringen“ der ehemaligen Berufssoldaten als Beamte in die

zivilen Verwaltungen. Von „Militarisierung der Verwaltung“ faselte man — und ahnte nicht, wie stark und fruchtbringend die zivilen Behörden seit jeher vom Soldatentum beeinflusst worden sind. „Mangelnde soziale Aufgeschlossenheit“ hing man dem ehemaligen Berufssoldaten an — und erkannte nicht, daß deutsches Soldatentum immer Sozialismus der Tat gewesen ist. Und um Abwechslung in dieses System der Lüge, Geiz und Verdrehung zu bringen, beschimpfte man diese verdienten Männer, wo und wann es immer nur möglich war. In Wirklichkeit wurden diese „Selden“ zu diesem dummen, aber gefährlichen Treiben nur durch ihre unsoldatische Haltung getrieben. Sie empfanden schon allein die Anwesenheit eines in straffer Zucht geformten Mannes mit aufrechter Haltung als eine ständige stumme Anklage gegen ihre eigene unmännliche, schwächliche Haltung, und so bekämpften sie aus Minderwertigkeitsgefühlen diese Männer, um ihr schlechtes Gewissen zu beschwichtigen.

Mit dieser Gesellschaft also schlug sich der Reichsbund der Zivildienstberechtigten herum. Sein Kampf galt den Feinden des Soldatentums schlechtthin, insbesondere aber denen, die den Berufssoldaten den für die Zeit nach Ablauf der Dienstverpflichtung gesetzlich zugesicherten Arbeitsplatz im öffentlichen Dienst streitig machen wollten.

Bald stand auch der ehemalige Unteroffizier Franz Schwede mitten in diesem Kampf, den er im übrigen auch als städtischer Beamter in Coburg am eigenen Leibe spürte.

Was die meisten seiner Kameraden aber damals nicht erkannten, sah Franz Schwede sehr bald. So verbissen die Gemeinschaft auch kämpfte, er wußte, daß diesem Kampf der letzte und entscheidende Erfolg versagt bleiben mußte, solange das Soldatentum eine einsame Insel im Volke blieb. Und er wußte auch, daß einmal der Tag kommen mußte, an dem das deutsche Volk in seiner Gesamtheit soldatisch ausgerichtet sein würde, so wie er wußte, daß dieser Kampf seiner Kameradengemeinschaft bald in die Erreichung aller Kampfziele ausmünden würde und die Gemeinschaft sich dann den wichtigen, ewigen Aufgaben zuwenden könnte.

Und als dann Ende Januar 1933 diese große Wende anbrach, da handelte der damalige Oberbürgermeister von Coburg schnell



und entschlossen an der Ausrichtung seiner Kameradengemeinschaft nach nationalsozialistischen Grundsätzen. In Verbindung mit dem damaligen Reichsbeamtenführer Sprenger, getragen vom Vertrauen seiner Kameraden, übernahm er im Sommer 1933 die Führung des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten. Außer diesem Bunde bestanden noch die sogenannten Treubünde (Vereinigungen ehemaliger Soldaten der selbständigen Einheiten — Regimente, Bataillone — der Reichswehr). Im Zusammenwirken mit dem damaligen Reichswehrministerium bewirkte er schon im November 1933 die Zusammenfassung des „Reichstreubundes der Zivildienstberechtigten“ und der „Treubünde“ im „Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten“, dessen Führung ihm im Auftrage des Führers vom Reichskriegsminister übertragen wurde.

Als nächste Aufgabe stellte er sich dann die der Beseitigung aller Mißstände auf dem Gebiete der Zivilversorgung. Dabei machte er seinen Kameraden klar, daß der deutsche aktive und ehemalige Berufssoldat im Dritten Reich nur seine Pflicht zu tun brauche und seine Rechte ihm schon von der Staatsführung gesichert würden. Was er vorausgesagt, entwickelte sich in ungeahnter Weise.

Bei der Machtübernahme warteten noch rund 52 000 ehemalige Berufssoldaten auf die ihnen gesetzlich zugesicherte Anstellung als Beamte. Von Jahr zu Jahr verminderte sich diese Zahl, und als im Jahre 1938 durch eine gesetzgeberische Großtat des Führers die rechtliche, soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Unteroffiziere auf eine neue, vollkommene Grundlage gestellt wurde, da gab es nicht nur keine auf Anstellung wartenden ehemaligen Berufssoldaten mehr, sondern es fehlte schon an allen Stellen an diesem bewährten Beamtennachwuchs.

In jahrelanger stiller aber unermüdlicher Arbeit hat Franz Schwede-Coburg als Bundesführer des Reichstreubundes im engsten Zusammenwirken mit dem Oberkommando der Wehrmacht Baustein um Baustein zusammengetragen helfen, um das neue Bessere zu schaffen. Die meisten seiner Kameraden ahnen heute noch nicht, wie stark der Bundesführer die neue Gesetzgebung beeinflusst hat, und erst spätere Geschlechter werden erkennen, wie sehr sein Wirken auch nach dieser Richtung ge-

halten half. Jedenfalls aber hat die neue Gesetzgebung bewirkt, daß die Laufbahn des deutschen Unteroffiziers im Dritten Reich genau so eine Lebenslaufbahn geworden ist wie die des Offiziers. Der einzige Unterschied besteht darin, daß der deutsche Offizier bis zur Pensionierung aktiver Soldat bleibt, während der deutsche Unteroffizier meistens nach zwölf Dienstjahren aus dem aktiven Wehrdienstverhältnis ausscheidet, um dann in der Regel als Beamter in den zivilen Staatsdienst versetzt zu werden. Dabei bleibt er Offizier, Unteroffizier oder Wehrmachtsbeamter des Beurlaubtenstandes.

So kann heute der Reichstreubund sich ganz seinen ihm durch einen Befehl des Führers vom 25. Oktober 1938 gestellten ewigen Aufgaben hingeben.

Nach demselben Befehl des Führers sollen dem Reichstreubund auch die aktiven Unteroffiziere mit Beginn des vorletzten Dienstjahres angehören. Damit ist der Reichstreubund die einzige Organisation des Dritten Reiches, der in dieser zwingenden Form durch einen Führerbefehl die Erfassung aktiver Soldaten zur Pflicht gemacht worden ist. Auf diese Weise sollen die aktiven Unteroffiziere schon während der letzten Jahre ihres aktiven Wehrdienstes so eng wie möglich mit ihren ausgeschiedenen Kameraden verbunden werden, damit sie den zweiten Abschnitt ihrer Lebenslaufbahn in ruhiger Sicherheit gehen können. Dann aber sind die Aufgaben des Reichstreubundes deshalb so wichtig, weil von ihrer guten Erfüllung die Gewinnung eines ausreichenden und leistungsfähigen Unteroffizier-Nachwuchses unmittelbar abhängt.

Das ist auch der Grund dafür, daß der Führer und Oberste Befehlshaber den Gauleiter durch eine Verfügung vom 4. November 1938 erneut als Bundesführer des Reichstreubundes persönlich bestätigte und damit festgestellt hat, daß der Reichstreubund als selbständige Organisation bestehen bleibt.

Auf der neuen rechtlichen und organisatorischen Grundlage, gekennzeichnet durch das Wehrmachtsfürsorge- und -versorgungsgesetz und den Befehl des Führers vom 25. Oktober 1938, wirkte so Franz Schwede-Coburg auch als Bundesführer des Reichstreubundes getreu seinem Lebensgesetz „Ich bin Soldat“ für deutsches Soldatentum nationalsozialistischer Prägung.

Diese Tätigkeit des Gauleiters im Reichstreubund erfährt durch Generalmajor Keinecke, dem Chef der Amtsgruppe Allgemeine Wehrmachtsangelegenheiten im Oberkommando der Wehrmacht, folgende Anerkennung:

„Wenn ich als Soldat über die Bedeutung Franz Schwede-Coburgs für die Wehrmacht einen kurzen Abriss geben soll, so muß ich als erstes eine Feststellung machen:

Für uns Soldaten liegt seine größte Bedeutung darin, daß er in Denken, Fühlen, Haltung und Vorleben selbst ein ganzer Soldat im besten Sinne des Wortes ist und auch sein ganzes Leben hindurch immer gewesen ist!

War es da ein Wunder, daß er als einer der ältesten und treuesten Kämpfer Adolf Hitlers auch der beste Mann war, der bei der Machtergreifung im Jahre 1933 vom Führer gefunden werden konnte, um mit fester Hand die Führung eines Bundes zu übernehmen, in dem sich — allen Widerständen der Systemzeit zum Trotz — ehemalige deutsche Berufsunteroffiziere zusammengeschlossen hatten?

Einfach, schlicht und geradeaus, mit hervorragenden Eigenschaften und klarem Verstand begabt, hohen Idealen zustrebend, hat er es in kürzester Zeit verstanden, aus dem „Reichsbund der Zivildienstberechtigten“ ein Sammelbecken aller ehemaligen Berufssoldaten, den „Reichstreubund ehem. Berufssoldaten“, zu machen und diesen Bund in engster Anlehnung an die beiden tragenden Säulen des Staates zu führen: Wehrmacht und NSDAP.

Das Oberkommando der Wehrmacht weiß ihm höchsten Dank dafür, daß er zu restlosem Einsatz des Bundes und seiner Mittel zur Erfüllung jeder von ihm geforderten, im Interesse des Staates bzw. der Wehrmacht liegenden Aufgabe immer bereit war und daß er sich selbst zu engster und vertrauensvollster Zusammenarbeit — früher dem Reichskriegsministerium, jetzt — dem Oberkommando der Wehrmacht stets zur Verfügung stellte.

Wie Franz Schwede-Coburg im Schlußwort seines Buches „Kampf um Coburg“ sagt: „Es ging nicht um mich und mein Schicksal. Es ging um den Sieg der großen Idee Adolf Hitlers“, so handelte er auch stets als Bundesführer des Reichs-



treubundes ehem. Berufssoldaten selbstlos, nur als Soldat im Kampf für das Schicksal seiner Kameraden der jungen Wehrmacht des Dritten Reiches — Großdeutschlands.“

### XIII. Schwede-Coburgs Wirken in der öffentlich-rechtlichen Versicherung und im DRK.

Als Schwede-Coburg im Jahre 1933 zum ehrenamtlichen Vorsitzenden der Verbände öffentlicher Lebens-, Unfall- und Zastpflichtversicherungsanstalten in Deutschland berufen wurde, war er als Beauftragter der Partei durch den Vorsitz im Verwaltungsrat der „Bayern“ Öffentliche Anstalt für Volks- und Lebensversicherung mit dem Versicherungswesen bereits eng verbunden.

Wie der Nationalsozialismus dem Deutschen Volk die Grundlage für sein Leben und Dasein gewonnen und gesichert hat, so soll nach den von Gauleiter Schwede-Coburg stets vertretenen und in dem Sinne der Partei liegenden Grundsätzen das Versicherungswesen dazu beitragen, der deutschen Volksgemeinschaft eine Sicherung seiner Lebensgüter zu verschaffen. Er ging davon aus, daß in einer so wichtigen Einrichtung wie dem Versicherungswesen, das so viele Millionen von Menschen zu betreuen hat, die Fühlung mit dem Kreise der Betreuten so wenig verloren gehen darf wie in der Politik die Fühlungnahme mit dem Volke. Nur wenn die engsten Verbindungen zu den Auffassungen und Bedürfnissen der Versicherten hergestellt werden, läßt sich, wie Schwede-Coburg oftmals betonte, die Vertrauensgrundlage zur Versicherung verbessern, wenn nicht sogar erst schaffen.

Im Interesse des gesamten Versicherungswesens ist nach seiner Auffassung die Verwaltung der öffentlich-rechtlichen Versicherung so auszurichten, daß sie stets ein Ansporn für die Leistungsfähigkeit aller Versicherungsunternehmungen sein soll. Nur wenn beide Gruppen der Versicherungsträger sich zu dem Dienste am Volksganzen vereinigen, hält er die Voraussetzungen zu der Erfüllung aller Forderungen, die der Vierjahresplan an das deutsche Versicherungswesen stellt, für gegeben.

Schwede-Coburg war es, der bei der Einführung neuer Lei-

ter öffentlich-rechtlicher Anstalten immer wieder hervorhob, daß nicht das Verdienen in dem Sinne mühelosen Erwerbens, sondern das Dienen zum Wohle des Ganzen die Hauptsache sei. Dieser Grundgedanke war für Schwede-Coburg auch bei allen Vorschlägen leitend, die er zur Neuordnung des deutschen Versicherungswesens in seiner Eigenschaft als beauftragter Vertreter der NSDAP. in der deutschen öffentlich-rechtlichen Versicherung machte. Als solcher ist er auch stets für eine reinliche Scheidung staatlicher und öffentlich-rechtlicher Versicherungen eingetreten. Immer wieder wies er darauf hin, daß die öffentlich-rechtliche Versicherung ein Selbstverwaltungsorgan sei, das mit Rücksicht auf die große soziale Bedeutung der Versicherung für Millionen deutscher Volksgenossen und ihre starke Anlehnung an die öffentlichen Gebietsverwaltungen öffentlich-rechtlichen Charakter besitze und als ein derartiges Selbstverwaltungsorgan den deutschen Versicherungsnehmern zu dienen habe.

Überwiegend staatliche Interessen aber seien es gewesen, z. B. den deutschen Gebäudebesitz zu schützen. Dieser Schutz vor Feuer- und Katastrophenschäden schafft, wie Gauleiter Schwede-Coburg anlässlich der Neuordnung des deutschen Versicherungswesens sagte, eine Grundlage für ein gesichertes Wirtschaftsleben, für unsere Siedlungspolitik, unseren Luftschutz, unser Feuerwehrewesen usw., so daß nur der Staat den Gebäudefeuerschutz in vielen Gebieten unseres Vaterlandes in Form einer gesetzlichen Zwangsversicherung regeln konnte.

In seiner Eigenschaft als Leiter der Wirtschaftsgruppe „Öffentlich-rechtliche Versicherung“ wie auch als Präsident des Reichsverbandes der öffentlich-rechtlichen Versicherung hat Gauleiter Schwede-Coburg die Mängel nicht verkannt, die den Organisationen des Versicherungswesens anhaften, und stets auf eine Vereinfachung hingewirkt, davon ausgehend, daß die Tat alles bedeutet und die Organisation demgegenüber zurückzutreten hat.

Bekannt und bereits behandelt ist die rückhaltlose Förderung, die der Gauleiter den bevölkerungspolitischen Maßnahmen des Dritten Reiches angedeihen läßt. Auch die Versicherung hat er, soweit es zweckdienlich erschien, in den Dienst dieser Politik

gestellt, indem er innerhalb der öffentlich-rechtlichen Versicherung die Einführung von Patenschaftsversicherungen zugunsten neugeborener Kinder erbgesunder und kinderreicher deutscher Eltern veranlaßte und in besonderen Fällen jener Art zu der Errichtung von Stiftungen anregte.

Als er am 5. März 1938 sein 50. Lebensjahr vollendete, stellte ihm, um nur ein Beispiel hierfür anzuführen, auch die öffentliche Versicherung des von ihm betreuten Gaues Pommern eine Anzahl von Patenschaftsversicherungen in Form von beitragsfreien Söhne- und Töchter-Versorgungsversicherungen sowie von beitragsfreien Hausratsversicherungen zur Verfügung.

Wenn anlässlich seines 50. Geburtstages zum Ausdruck kam, daß die deutsche öffentlich-rechtliche Versicherung stolz darauf ist, Gauleiter Schwede-Coburg als bewährten und einen der ersten Mitkämpfer unseres Führers an ihrer Spitze zu sehen, dessen Tatkraft und wirtschaftlichem Weitblick die besonders in den letzten fünf Jahren erfolgreiche Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Versicherung vor allem zu verdanken ist, dann ist damit wohl eine Anerkennung ausgesprochen, der nichts hinzugefügt zu werden braucht.

Ungeheuer groß und vielseitig ist der Aufgabenkreis, den der Gauleiter neben seiner Tätigkeit als politischer Soheits-träger und Oberpräsident so zu meistern hat. Nur die hauptsächlichsten Tätigkeitsgebiete konnten im Rahmen dieser kurzen Betrachtung herausgegriffen werden. Mit einigen Worten aber sei zum Schluß noch sein Wirken im Deutschen Roten Kreuz skizziert, dessen Vorsitzender er seit 1934 in Pommern war und dem er nach seinem Neuaufbau im Jahre 1938 nunmehr als Landesführer der Landesstelle II mit dem Dienstgrad eines DRK.-Generalhauptführers vorsteht. Schwede-Coburg hat auch auf diesem Gebiete ein Beispiel dafür gegeben, mit welchen Mitteln eine Organisation wie das DRK. in enger Verbundenheit mit der Partei der Lebens- und Schicksals-gemeinschaft der ganzen Nation dienstbar gemacht werden kann. Er erkannte nämlich die besondere Wichtigkeit gerade



der Vaterländischen Frauenvereine für das Deutsche Rote Kreuz und sorgte für die Zusammenfassung der Aufgaben der NS.-Frauenshaft und der Vaterländischen Frauenvereine, indem er das Amt der Gau-Frauenschaftsleiterin und der Vorsitzenden des Provinzial-Frauenvereins in Personalunion vereinte. Wie segensreich und vorteilhaft sich diese Personalunion, die bisher im Reich noch einzig dasteht, auf die Arbeit der Frauenschaft und des DRK. ausgewirkt hat, davon konnte sich der Präsident des Deutschen Roten Kreuzes, Herzog von Coburg, anlässlich einer Dienstreife durch Pommern überzeugen.

#### XIV. Vorbild der Pflichterfüllung

Ausdauer und Beharrlichkeit — das ist der Grundsatz, mit dem Schwede-Coburg einst seinen historischen politischen Kampf für Adolf Hitler führte. Ausdauer und Beharrlichkeit sind die Tugenden, die er heute wie ehedem seinem politischen Führerkorps anerzieht. Oberstes Gesetz aber ist ihm stets die Sauberkeit der Person. Er, der selbst einer der saubersten Männer ist, die die Bewegung je ihr eigen nannte und nennt, ist hier ein strenger und gerechter Richter. Alles kann er verzeihen; Fehler, die seine Mitarbeiter und Untergebenen machen, rügt er — aber er richtet die Menschen nicht darüber. Spricht aus dem Tun und Lassen eines Menschen jedoch Unsauberkeit des Charakters oder niedere Gesinnung, dann ist das Urteil über ihn gesprochen.

Und so, wie Schwede-Coburg seinen pommerschen Menschen diese Sauberkeit und Anständigkeit in seiner Person vorlebt, ist er ihnen auch ständiges Vorbild täglicher Pflichterfüllung. Er verlangt nichts von seinen Mitarbeitern und Beamten, was er nicht zuerst von sich selbst verlangt. Verlangt er von ihnen größte Pünktlichkeit in der täglichen Dienstverrichtung — er ist der Pünktlichste von allen. Erwartet er Einfachheit und Schlichtheit in der persönlichen Lebenshaltung — er ist es vor allen anderen. Denn er lebt täglich und stündlich nur seiner Arbeit — nur der Idee des Führers, der er als Soldat — als politischer Soldat — mit der ganzen Kraft seines gläubigen Herzens dient.

# Schriften der Hochschule für Politik

Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein

Präsident der Hochschule für Politik

Preis je 80 Pfg. Bei Abnahme von 50 Stück eines Heftes an 75 Pfg., von 100 Stück an 70 Pfg., von 500 Stück an 65 Pfg., von 1000 Stück an 60 Pfg., von 3000 Stück an 55 Pfg., von 5000 Stück an 50 Pfg., je Heft.

Bei Abnahme von zwanzig aufeinanderfolgenden Heften einer der drei Unterabteilungen der Reihe zehn Prozent Ermäßigung.

## I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

1. Der Faschismus und seine praktischen Ergebnisse. Von Reichsminister Dr. Joseph Goebbels.
2. Die Führerpersönlichkeit in der deutschen Geschichte. Von Prof. Dr. Willy Söppe.
3. Vergriffen.
4. Amerika und der Nationalsozialismus. Von Prof. Dr. Friedrich Schönmann.
5. Krisis und Neubau Europas. Von Reichsleiter Alfred Rosenberg.
6. Rassenpolitische Erziehung. Von Prof. Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.
7. Dienst an der Rasse als Aufgabe der Staatspolitik. Von Ministerialdirektor Dr. Arthur Gütt.
8. Wesen und Gestalt des Nationalsozialismus. Von Reichsminister Dr. Joseph Goebbels.
9. Nationalsozialismus und Völkerrecht. Von Staatsrat Prof. Dr. Carl Schmitt.
10. Völkerrecht und Politik. Von Prof. Dr. Victor Bruns.
11. Das Recht auf Arbeit als Wirtschaftsprinzip. Von Bernhard Röbber, Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.
12. Nationalsozialistisches und faschistisches Strafrecht. Von Prof. Dr. Georg Dahm.
13. Wir sind im Recht! Deutschlands Kampf um Weibefreiheit und Gleichberechtigung. Von Justizrat Prof. Dr. Friedrich Grimm.
14. Der Einbruch des Judentums in die Philosophie. Von Prof. Dr. Hans Alfred Brunsky.
15. Die politische Aufgabe des Arbeitsdienstes. Von Generalarbeitsführer Prof. Dr. Will Decker.
16. Soldatentum und Jugenderziehung. Von Obergebietsführer Dr. Helmut Stellrecht, Beauftragter des Jugendführers des Deutschen Reiches für Jugenderziehung.

## Schriften der Hochschule für Politik

- |  |   |
|--|---|
| <p>17. Zur philosophischen Grundlegung des Nationalsozialismus. Von Geheimrat Prof. Dr. Herm. Schwarz.</p> <p>18. Der Rassengedanke im neuen Geschichtsbild. Von Prof. Dr. Walter Groß, Leiter des Rassenpolitischen Amtes der NSDAP.</p> <p>19. Grundfragen unserer Volks- und Staatsgestaltung. Von Prof. Dr. Otto Koellreutter.</p> <p>20. Volk und Staat. Von Dr. Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik.</p> <p>21. Die völkerrechtspolitische Lage Deutschlands. Von Prof. Dr. Fritz Berber, Leiter der Forschungsabteilung der Hochschule für Politik.</p> <p>22. Nationalpolitische Erziehung im Dritten Reich. Von Ministerialrat Dr. Rudolf Benz.</p> <p>23. Verpflichtung und Aufgabe der Frau im nationalsozialist. Staat. Von Reichsfrauenführerin Gertrud Scholz-Klink.</p> <p>24. Das deutsche Kolonialproblem. Von Major a. D. Paul Schnoekel, Hauptstellenleiter im Kolonialpolitischen Amt der NSDAP. (Reichsleitung). Schulungsbeauftragter des Reichskolonialbundes.</p> <p>25. Das neue Beamtengesetz vom 26. I. 1937. Von Ministerialdirigent Hanns Seel.</p> <p>26. Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft. Von Dr.</p> | <p>Bruno Riese wetter, Studienleiter an der Hochschule für Politik.</p> <p>27. Die Judenfrage in der modernen Welt. Von Dr. Wilhelm Ziegler, Ministerialrat im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda.</p> <p>28./29. Grundzüge einer Geschichte der artdeutschen Philosophie. Von Geheimrat Professor Dr. Hermann Schwarz.</p> <p>30. Zeitgemäße Gedanken um Clausewieg. Von Generalleutnant z. V. Horst von Mergsch.</p> <p>31. Außenpolitische Wirkungen des Geburtenrückganges. Von Dr. Karl C. von Loesch.</p> <p>32. Wissenschaft und Philosophie im Dritten Reich. Von Dr. Alfred Klemmt, Studien- und Abteilungsleiter an der Hochschule für Politik.</p> <p>33. Die wirtschaftlichen Erfolge des ersten Vierjahresplanes. Von Dr. Bruno Riese wetter, Studienleiter an der Hochschule für Politik.</p> <p>34. Volksdeutsche Zukunft. Von Prof. Dr. Friedrich Burgdörfer, Direktor beim Statistischen Reichsamte.</p> <p>35. Die historischen Grundlagen unserer Beziehungen zu Frankreich. Von Justizrat Prof. Dr. Friedrich Grimm.</p> <p>36. Böhmen und das Reich. Von Professor Dipl.-Ing. Rudolf Jung.</p> <p>37. Die Grundgedanken des Nationalismus und das Ausland.</p> |
|--|---|



## Schriften der Hochschule für Politik

- Von Reg.-Rat Dr. Herbert Scuria.
38. Islam — Judentum — Bolschewismus. Von Dr. Mohamed Sabry.
39. Wehrwirtschaftliche Tendenzen in der französischen Wirtschaftspolitik. Von Dr. Wilhelm Grotfopp.
40. Historische Fälschungen als Werkzeug der Politik. Von Dr. Selmut Lüpke, Studienleiter an der Hochschule für Politik.
41. Die Baukunst im Dritten Reich, insbesondere die Umgestaltung der Reichshauptstadt Berlin. Von Oberbaurat Stephan.

## II. Der organisatorische Aufbau des Dritten Reiches

1. Die deutsche Ernährungswirtschaft. Von Stabsamtsführer Dr. Hermann Reischle.
2. Nationalsozialistische Volkswohlfahrt. Von Reichsamtsleiter Hermann Althaus.
- 3./4. Vergriffen.
5. Die Deutsche Arbeitsfront. Von Claus Selzner, Leiter des Hauptorganisationsamtes der NSDAP. und der DAf.
6. Die Reichsrundfunkkammer. Von Ministerialrat Horst Dresler-Andres.
7. Die Reichsmusikkammer. Von Präsidialrat Heinz Ihler.
8. Die Deutsche Rechtsfront. Von Dr. Wilhelm Gaeb, Leiter der Auslandsabteilung der Akademie für Deutsches Recht.
9. Der Reichsluftschutzbund. Von General der Artillerie a. D. Ehrenpräsident d. RLB. Hugo Grimme.
- 10./11. Der Aufbau des Gesundheitswesens im Dritten Reich. Von Ministerialdirektor Dr. Arthur Gütt.
12. Der Reichstreubund ehemaliger Berufssoldaten. Von Bundesführer Gauleiter Franz Schwede-Coburg.
13. Die Auslands-Organisation d. NSDAP. Von Dr. Emil Ehrich, Landesgruppenleiter der U. O. u. Gesandtschaftsrat.
14. Der Deutsche Arbeitsdienst. Von Generalarbeitsführer Prof. Dr. Will Decker.
15. Nationalsozialistische Frauenschaft. Bearbeitet von der Presseabteilung der Reichsfrauenführung.
16. Der Bund Deutscher Mädel in der Hitlerjugend. Von Trude Bürkner.
17. Der Arbeitsdienst für die weibliche Jugend. Von Gertrud Zypries, Sachbearbeiterin für Presse und Propaganda in der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes.
18. Die Reichsstudentenführung. Von Reichsstudentenführer Dr. Gustav Adolf Scheel.
19. Das Deutsche Rote Kreuz. Von Dr. Friedrich Wilh. Breken-

## Schriften der Hochschule für Politik

- feld, Generalführer u. Hauptabteilungsleiter im Präsidium des DRA.
20. Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft. Von Albert Diezsch, Leiter der Reichswirtschaftskammer.
21. Die SA. Bearbeitet im Auftrag der Obersten SA.-Führung von SA.-Obersturmführer Dr. Ernst Bayer.
- 22/23. Das Führerschulungswerk der Hitler-Jugend. Von Bannführer Reimund Schnabel.
24. Das Nationalsozialistische Fliegerkorps. Von General der Flieger Friedrich Christiansen, Korpsführer des Nationalsozialistischen Fliegerkorps.
25. Das Großdeutsche Heer. Von Major des Generalstabes Hasso v. Wedel, Leiter der Pressegruppe im Oberkommando der Wehrmacht.
26. Die deutsche Luftgeltung. Von Dr. Heinz Orlovius, Oberregierungsrat im Reichsluftfahrtministerium.
- 27/28. Die NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“. Von Anatol v. Hübbenet, Abteilungsleiter der Reichsamtsleitung „Kraft durch Freude“ und des Reichsamtes „Schönheit der Arbeit“.
29. Der NS.-Reichskriegerbund. Von Reichskriegerführer Wilhelm Reinhard, Generalmajor a. D., H.-Gruppenführer.
30. Der Reichskolonialbund. Von Dr. Hans Werner Nachrodt, Unterabteilungsleiter in der Bundesgeschäftsstelle des Reichskolonialbundes.
31. Die deutsche Kriegsmarine. Aufgaben und Aufbau. Von Freigattenskapitän Hellmuth Heve im Oberkommando der Kriegsmarine.

### In Vorbereitung:

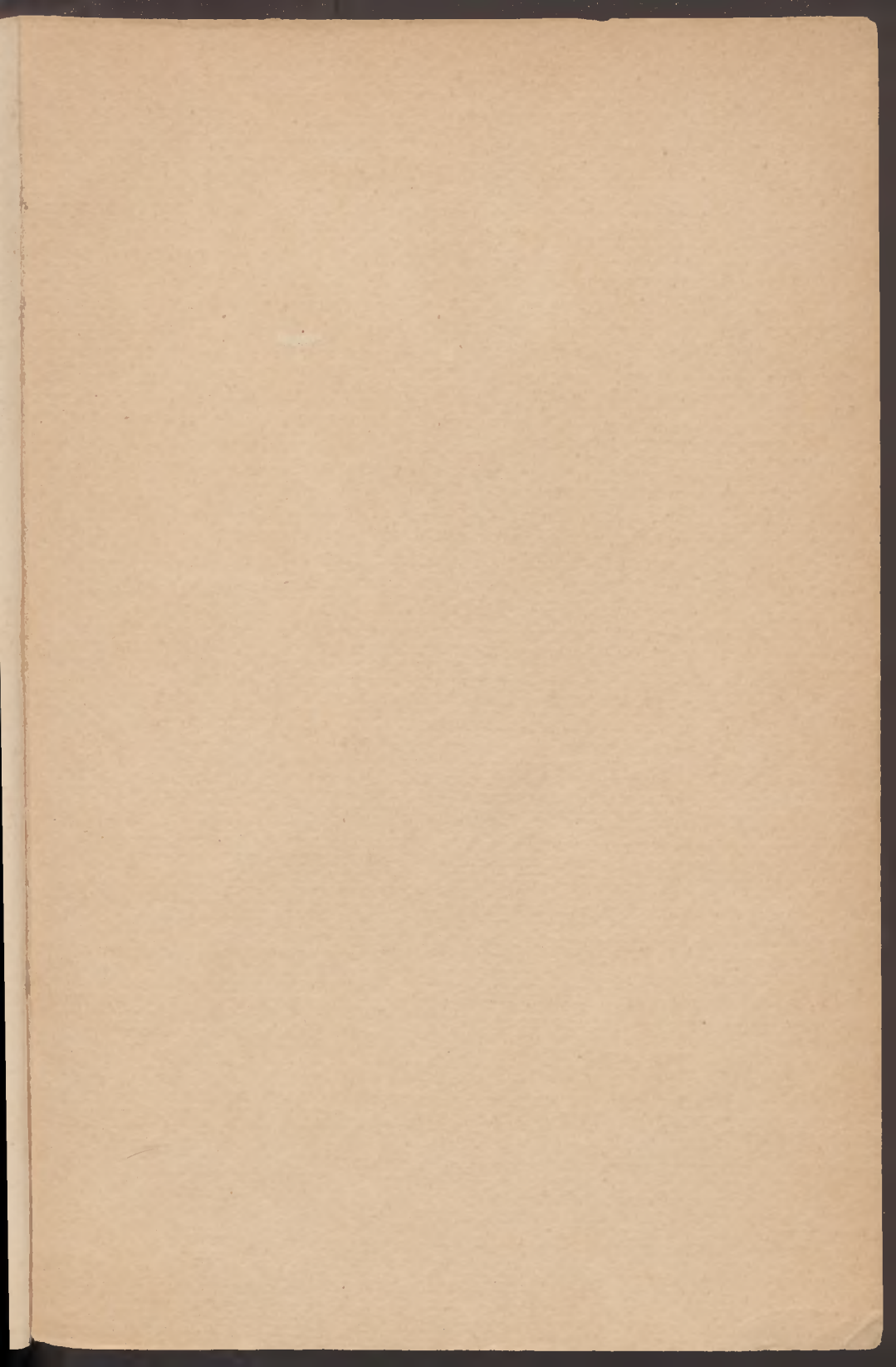
Das Nationalsozialistische Kraftfahrerkorps. Wesen, Aufgaben und Aufbau des NSRA., dargestellt an einem Abriss seiner geschichtlichen Entwicklung. Von Hans Hellmuth Krenzlin, NSRA.-Gruppenführer.

Die H.-Geschichte, Aufgabe und Organisation der Schutzstaffeln der NSDAP. Von H.-Standartenführer Gunter d'Alquen.

Die SS. Von Hauptbannführer Günter Kaufmann.

### III. Die Führerpersönlichkeiten des Nationalsozialismus

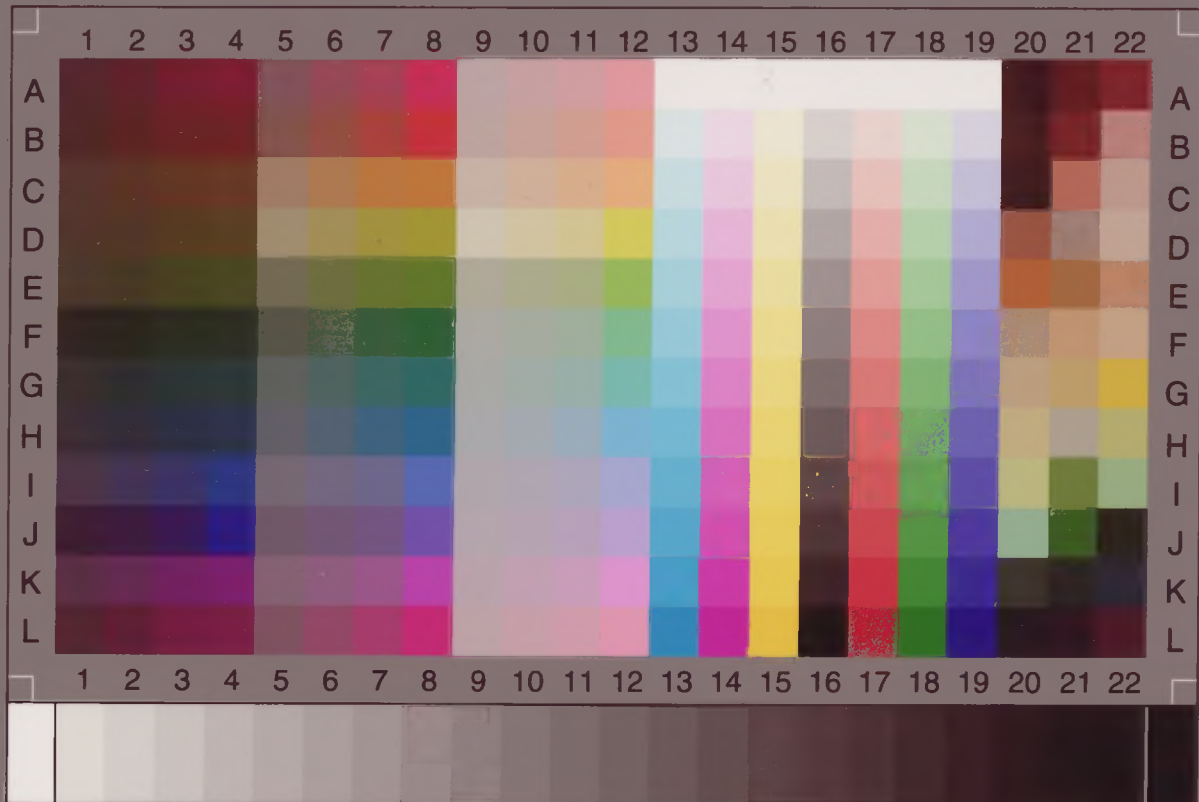
1. Dr. Wilhelm Frick. Ein Lebensbild des Reichsministers des Innern. Von Dr. Hans Fabricius, Ministerialrat im Reichsministerium des Innern, Reichsamtsleiter, M. d. R.
2. Schwede-Coburg. Ein Lebensbild des Gauleiters und Oberpräsidenten von Pommern. Von Gaupresseamtsleiter Herbert Gaede.





B Biblioteka  
V AP w Koszalinie  
P O. Słupsk

299



ISO12641-1995  
2007:04

IT8.7/2-1993

CH0403XX

AGFACOLOR LASER AGFA

Made in Belgium

